

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1.00 Mk., einschließlich Trägerlohn. In den Abbestellstellen monatlich 30 Pf. Durch die Post kommen vierteljährlich 1.02 Mk. einschließlich Postgebühren. Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Beizeile 25 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die 2spaltige Reklamezeile 30 Pfg., Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 12

Danzig, Sonnabend den 24. März 1917

8. Jahrgang

Zeit zur Tat!

Von Philipp Scheldemann.

Feinde ringsum! Es bedarf keiner langen Unterhaltung über die Frage, warum fast die ganze Welt mit ihren Sympathien bei unseren Feinden steht. Die Antwort ist leicht gegeben: alle Welt sieht bei unseren Gegnern nur die mehr oder weniger entwickelte und ausschlaggebende Demokratie, bei uns aber nur — Preußen!

Wir haben immer — freilich mit etwas Herzklopfen — auf Rußland verwiesen, das im Lager unserer Feinde steht, obwohl es die rückständigste aller Regierungsformen hatte: den Absolutismus.

Der Zarismus ist inzwischen für Rußland erloschen, denn der neue Landesvater soll die Krone sich nur dann aufs Haupt setzen, wenn die Volksvertretung damit einverstanden ist. Die russische Volksvertretung aber soll gewählt werden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts.

Rußland macht kurzerhand reinen Tisch, sagte mit kräftigem Befehl allen Wuff und Unrat beiseite und will nun — wenn nicht die Republik das Ende ist — einen der Demokratie huldigenden Fürsten auf den Thron setzen. Rußland soll von nun an einen Monarchen haben, den man achten und gewähren lassen wird, wie die Engländer, die Dänen, die Norweger ihren König regieren lassen. In Rußland würde dann die auch bei uns bisher immer nur theoretisch behandelte Frage, ob die Monarchie oder die Republik die bessere Staatsform ist, auf absehbare Zeit wahrscheinlich gar keine Rolle mehr spielen.

Im asiatischen Reiche der Mitte stemmten sich die Mandarine mit aller Gewalt gegen jede Reform. Sie wollten einen Kaiser absolut, so lange er ihren Willen tut. Damit untergruben sie die Monarchie und legten die Fundamente für die Republik. Im europaischen Reiche der Mitte aber suchen ähnliche Geister chinesische Mauern zu errichten, um jede Reform hintanzuhalten!

Die Uhr zeigt fünf Minuten vor Zwölf. Sie aber bilden sich ein, die Zeit aufzuhalten, wenn sie den Zeiger auf Elf zurückstellen. Von den Duisbergern, Fuhrmännern e tutti quanti rede ich erst gar nicht.

Aber vom Reichskanzler will ich ein Wort sagen. Viele, die ihm fern und feindselig gegenüber gestanden haben, lernten ihn in harter Kriegszeit als einen aufrechten und ehrlichen Mann achten. Er hat im Laufe des Krieges manche gute, im Landtag kürzlich eine wahrhaft herzerfrischende, kluge Rede gehalten, durch die er für die Zukunft manches in sichere Aussicht gestellt hat. Aber warum schied er vor dem Jahrestag nicht unbedingt Notwendigen zurück? Will er in der Geschichte als ein ewiger Zauderer und Säumer weiter leben?

Herr von Bethmann-Hollweg will die Preußen-Kur erst nach dem Kriege beginnen. Für die Zeit in dem Kriege waren auch in Rußland allerlei Reformen in Aussicht gestellt worden. Den Russen aber dauerte der Krieg zu lange, und je länger er Hunger sie bedrückte, um so unerträglicher erschien ihnen die Verzögerung. Sie sagten sich wohl: wenn schon nicht Brod, und Kartoffeln für alle zu beschaffen sind, was hindert uns daran, allen wenigstens gleiches Recht zu geben? Und so kam denn der 11. März, sodann der Verzicht des Zaren und so kam die Demokratie.

Warum auf morgen verschieben, was absolut notwendig und als eine der dringendsten Staatsaufgaben vor vielen Jahren schon vom König selbst bezeichnet worden ist, wenn es heute schon geschehen kann!

Man sagt, daß Schwierigkeiten zu überwinden seien. Jawohl es liegen Stohhalme im Wege und ein Zwirnsfaden ist über die Prinz-Albrecht-Straße gespannt. Aber was für Schwierigkeiten muß das Volk jetzt überwinden! Millionen gehen Tag für Tag entschlossen dem Tod entgegen für ein neues Vaterland des gleichen Rechts. Und Millionen und Abermillionen ertragen daheim die größten Entbehrungen und mehr — sie werden immer lauter fragen: für was? für das Preußen der Westpreußen und Herdenband?

Hut ab vor einem Volke, das wie das deutsche und preussische, so Unerhörtes in diesem Kriege geleistet hat und auch weiter leisten wird. Einer tut's dem andern gleich. Ja, mehr: des Vaterlandes ärmster Sohn war auch sein treuester! Der Kanzler hat's in feierlicher Rede der deutschen Volksvertretung vor aller Welt verkündet. Allen ist die gleiche Pflicht auferlegt. Sollten auch nur für einen Tag nach dem Kriege nach ungleichen Mäßen die Rechte zugeworfen bleiben? Es ist ein geradezu unerträglicher Gedanke, daß nach dem Kriege die, die jeden Tag Geschäfte gemacht und Nacht für Nacht im warmen Bette zugebracht haben, das Mehrfache des politischen Rechts haben sollten, wie die Tapferen, die aus dem Trümmelfeuer, aus dem Flugzeug und aus dem U-Boot heimkehrten.

Es ist jetzt Zeit zum entschlossenen Handeln. Die Schwierigkeiten, die entstehen können, wenn die Regierung jetzt das Reichstagswahlrecht für Preußen verlangt, wiegen federleicht im Vergleich mit den Schwierigkeiten, die entstehen können, wenn sie eine solche Vorlage nicht einbringt. Die Parlamentarier und die Parteien, die jetzt im Bundtag kein zu sagen wagten, wenn die Regierung das gleiche Wahlrecht energisch fordert, wären im Handumdrehen erledigt. Man muß nur ernsthaft wollen, jetzt wollen.

Im Abgeordnetenhaus ist die Reform in kurzer Zeit durchzuführen. Hat jemand Angst vor den Herrenhäusern in einer Zeit, in der wir einen Kampf auf Leben und Tod mit nahezu der ganzen Welt entschlossen kämpfen?

Die Zeiten sind ernst und das gleiche Preußenwahlrecht ist reif. Der Reichskanzler sollte keinen Tag weiter zögern. Das preussische Volk und die anderen deutschen Bundesstaaten werden wie ein Mann an seiner Seite stehen, wenn er entschlossen handelt. („Vorwärts.“)

Der Reichskanzler zur Neuorientierung

Der 14. März gehört zu den bedeutendsten Tagen in der Parlamentsgeschichte Preußens. Zum erstenmal während des Verlaufs des Weltkrieges hat Herr von Bethmann-Hollweg in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident die Gelegenheit ergriffen, sich über die von ihm beabsichtigte Neuorientierung der inneren Politik ausführlicher zu verbreiten, und er hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er sich der Gegnerschaft weiter Kreise der Rechten in diesem Kampf um Reformen bewußt, daß er aber trotzdem fest entschlossen ist, sie durchzuführen, nicht aus Rechthaberei oder theoretischer Verliebtheit, sondern weil er weiß, daß die neue Zeit neue Anforderungen an das Volk stellt und daß diese Anforderungen nur erfüllt werden können, wenn dem Volke gewisse Rechte und Freiheiten besichert werden können. Besonders hoch muß anerkannt werden, daß Herr von Bethmann diese Reformen ankündigte, unmittelbar nachdem das Herrenhaus ihn den Kampf anbot. Denn wir wollen uns darüber nicht täuschen, daß die Ablehnung der Diätenvorlage durch das preussische Herrenhaus, die am Mittwoch zum Gegenstand einer Erörterung im Abgeordnetenhaus gemacht wurde, im Grunde genommen darauf hinausläuft, der preussischen und damit der deutschen Regierung zuzurufen, daß sie bei ihrem Kampf um Erweiterung der Rechte des Volkes mit der Gegnerschaft der preussischen Granden zu rechnen habe. Durch die Rede des Reichskanzlers hat der eigentliche Gegenstand, der Etat des Herrenhauses, an Bedeutung verloren. Gewiß war es interessant, zu hören, wie die Redner des Zentrums und der gesamten Linken einschließlich der Rationalliberalen, die heftigste Kritik am Verhalten des Herrenhauses übten, und nicht nur an dem Verhalten des Herrenhauses in der Diätenfrage, sondern an dem Bestand und der Zusammensetzung dieses Parlaments überhaupt. Wie weit es gekommen ist, zeigt der Ausspruch des Abg. Dr. Friedberg, daß das Herrenhaus ein Hemmschuh der Entwicklung sein werde.

Wir sind ja nicht der Meinung, wie der nationalliberale Redner, daß eine Reform des Herrenhauses nötig ist, wir halten im Gegenteil diese ganze Einrichtung für überlebt und fordern mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für Preußen auch gleichzeitig die völlige Beseitigung der Ersten Kammer. Aber wir wissen, daß wir mit dieser Forderung die Mehrheit des Abgeordnetenhauses nicht auf unserer Seite haben. Immerhin zeigen die Debatten vom Mittwoch, daß bis weit in die Reihen der Freikonservativen hinein eine tiefe Mißstimmung über die in Preußen herrschenden und durch das Herrenhaus verkörperte Reaktion Platz gegriffen hat.

Wir lassen den unten vorliegenden, von Wolffs Telegraphenbureau verbreiteten Bericht folgen:

Ministerpräsident Dr. von Bethmann-Hollweg:

Ihre Debatte über den Etat des Herrenhauses hat einen hochpolitischen Charakter angenommen. Sie gibt mir Anlaß zu einigen kurzen Ausführungen. Das Diätengesetz bietet nur den unmittelbaren Anlaß zu den heutigen Auseinandersetzungen. Wir haben seinerzeit die Diätenvorlage eingebracht nicht aus Liebdienererei — gegen diesen Ausdruck möchte ich entschieden Verwahrung einlegen (Bravo!) —, sondern weil wir mit dieser Lösung den unerquicklichen Differenzen ein Ende machen wollten und die Parlamentsgeschäfte zu fördern hofften. Es war erfreulich, daß es der Regierung gelungen war, mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses sich zu verständigen. Das Herrenhaus hat Ihre Beschlüsse abgelehnt. Das ist an sich das gut: Recht des Herrenhauses. Aber die Form, in der es von diesem Recht Gebrauch gemacht hat, bedauere ich. (Beifall.) Dieses Gesetz kann erst wieder erscheinen, wenn eine neue Session des Abgeordnetenhauses eintritt, ein aktuelles Interesse an der Sache liegt also nicht mehr vor. (Sehr richtig!) In Bewegung gesetzt worden sind die Geister nicht so sehr durch die Ablehnung, als durch die Reden, die im Herrenhaus gehalten worden sind. (Sehr richtig!) Es versteht sich von selbst, daß ich meinerseits mit den Rednern im Herrenhaus auch nur im Herrenhaus selbst polemisiert kann. Hier kann ich nur meine Stellung

zu den allgemeinen politischen Fragen präzisieren. Vielleicht ergibt sich daraus ein Gegensatz zu den Anschauungen des Herrenhauses. (Bewegung.) Es ist im Herrenhaus eine sehr scharfe und bittere Kritik am Reichstag geübt worden. (Zuruf: Weider.) Gegen diese Kritik muß ich auch hier im Abgeordnetenhaus Widerspruch erheben. (Beifall.) Ich halte es für eine Aufgabe jedes Parlaments im Deutschen Reiche, Reichspolitik zu treiben. (Beifall.) Reichspolitik muß mit allen Kräften getrieben werden. Der Reichsgedanke muß um so höher gehalten werden, weil wir uns in einem Krieg befinden, in dem wir um unser Leben ringen. (Beifall.) Der Reichstag aber hat in den bald drei Jahren dieses Krieges dem deutschen Volke Dienste geleistet, wie kein Parlament der Welt. (Beifall.) Ich habe mich über meine Stellung zu den großen innerpolitischen Fragen wiederholt im Reichstage ausgesprochen. Ich habe dabei meiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck gegeben, daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in wichtigen Beziehungen führen muß und führen soll. (Beifall.) Ich erwäge mich Widerstand zum Trotz. Nichts wäre mir lieber, als wenn die Absichten, deren Durchführung ich für so notwendig halte für das Heil des Reiches, so rasch wie möglich in Taten umgesetzt werden könnten. (Bravo!) Aber lassen Sie mich offen sprechen. Es handelt sich hier in erster Linie um die

Reform des preussischen Wahlrechts.

Daß mir eine solche vorschlagen werden, ist an dieser Stelle wiederholt gesagt worden. Aber diese Reform wird schwere innere Kämpfe kosten und diese Kämpfe können wir nicht brauchen, solange wir so von Feinden berannt werden. (Beifall.) Der Vorwurf, daß ich nur Worte habe, ist durchaus ungerichtet. Der Kernpunkt ist der: wir werden nach dem Kriege vor die gewaltigsten Aufgaben uns gestellt sehen, vor die je ein Volk gestellt gewesen ist, so daß jeder im Volke mit Hand anlegen muß, wenn wir sie lösen wollen. Wir werden auch eine starke auswärtige Politik brauchen. (Beifall und Heiterkeit.) Auch die wird notwendig sein. Aber wir werden sie nicht führen mit großen Worten und mit Kennenlernen und mit lautem Ans-Geig-Begegnen, sondern als einen Ausdruck der inneren Stärke unseres Volkes. Diese starke äußere Politik auf Grund unserer inneren Stärke können wir nur treiben, wenn das Staatsbewußtsein, das in diesem Kriege so wunderbar hervorgetreten ist, alle Schichten unseres Volkes kraftvoll durchglüht, wenn alle Schichten einen vollberechtigten und fröhlichen Anteil nehmen an der staatlichen Arbeit. (Beifall.) Ich bin in der Mitte und links.) Arm und reich, hoch und niedrig, niemand darf den Anspruch erheben, daß er mehr und besseres tue, als der andere. Aber wenn auch nur ein Glied versagt, können wir dann den Krieg gewinnen? (Zuruf: „Nein!“) Und wenn ein Glied versagt, können wir da unsere große Aufgabe nach dem Kriege lösen? Auch da sage ich: „Nein!“ Ich hoffe, dieser Krieg wird endlich den Irrsinn von einem unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberinteressen, der uns das Leben solange erschwert hat, austreiben. (Beifall.) Ich werde mit dem Vertrauen, das mir dieser Krieg eingeleistet hat, zu allen Söhnen des Volkes (Beifall.) an die Lösung dieser Aufgaben gehen. Man hat gesagt: Wehe dem Staatsmann, der nicht nach den ungeheuren Opfern dieses Krieges einen starken Frieden zusammenbringt! Ich frage: Gibt es einen Deutschen, der nicht sein letztes Herzblut daran setzt für einen deutschen, für einen starken, für einen sicheren Frieden? (Beifall.) Ich sage aber auch:

Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, der glaubt, daß man jungen Wein in die alten Schläuche füllen könnte, ohne daß er diese zerprengt! Ich werde diese Gedanken, die sich aus den inneren Ergebnissen des Krieges ergeben, durchführen, und werde mein Bestes daran setzen, zu meinem anderen Zwecke als dem, unser Volk stark zu machen, daß ein starkes junges Volk aus dem Verderben und dem Unheil dieses Krieges hervorgehe. Und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir in der Arbeit an diesem Ziel uns alle zusammenfinden werden. (Beifall.) Vielleicht habe ich mit meinen Worten Gegenstände angerührt. Ich bin nicht gekommen, um Streit zu suchen. Mich besetzt jetzt der einzige Gedanke, wie führen wir den Krieg zu einem siegreichen Ende? Und das muß für uns alle der einzige Gedanke sein. (Stürmischer Beifall.) Alle Fragen des Tages, wie das Diätengesetz und das Fideikommissgesetz, treten demgegenüber zurück. Aber wir werden diesen Krieg nur mit der Anspannung der äußersten Manneskraft gewinnen, und weil zu dieser Kraft auch die Wahrheit gehört, habe ich gesagt, so sprechen zu müssen, wie ich gesprochen habe, in keinem anderen Gedanken als in dem, unserem Volke zu dienen, das Gott erhalten wolle. (Stürmischer Beifall und handclatschen im ganzen Hause.)

Man zeichnet Kriegsanleihe bei jeder Bank, Kreditgenossenschaft, Sparkasse, Lebensversicherungs-gesellschaft, Postanstalt

Kriegsnachrichten

Der planmäßige Rückzug an der Westfront

Berlin, 19. März. Zögernd und vorsichtig folgen die Engländer den Deutschen mit Kavallerie und schwächeren Abteilungen in das geräumte Gebiet nach. Vielfach beschließen sie mit großer Heftigkeit Ortschaften, die bereits geräumt sind. Auf Manancourt feuerten sie nach der Räumung 200 Granaten. Die deutschen Sicherungen brachten den vorrückenden englischen Patrouillen öftlich Bepanum schwere Verluste bei und zogen sich dann befehlsgemäß weiter zurück. Die Franzosen, die nach übereinstimmenden Gefangenenausagen zwischen Avre und Dife sehr stark massiert standen, versuchten stärker nachzudringen. Doch auch sie wurden überall von den deutschen Nachhuten in Schach gehalten und erlitten vielfach schwere blutige Verluste. So wurden einige Kompagnien zusammengeschossen, die aus Beaufieu vorbrechen wollten. Das

gliche Schlacht ereilte eine andere Abweisung bei dem Versuch, aus Ronon gegen Mont St. Simeon vorzugehen. Auch die Franzosen nahmen vielfach denkwürdige Schlachten in den Dörfern unter Artilleriefeuer. Während die Rückzugbewegung planmäßig den gewollten Zielort nahm, errangen bei Verdun deutsche Stoßtruppen nicht unwesentliche Erfolge im Walde von Malancourt, an der Höhe 304 und am Loren Mann. Im Walde von Malancourt wurden drei hintereinanderliegende Stellungen gestürmt und besetzt. Hier und an der Höhe 304 wurden die genommenen Stellungen gegen alle feindlichen Gegenangriffe gehalten. Am Loren Mann führten die Stoßtruppen beschleunigt mit Reute und Gefangenen in die Ausgangsgraben zurück. Die Franzosen erlitten, vor allem auch bei den mehrfach wiederholten Gegenangriffen, schwere blutige Verluste.

Die britische Offensive durchkreuzt.

Bern, 13. März. Eine Mitteilung des „Giornale d'Italia“ aus London bespricht die geübte Zusage der deutschen Ämtern an der Ancre, die man jetzt auch in England anerkenne. Die Engländer wurden dadurch zum Ugen ihre Offensive auf einem Boden vorbereiten, der ihnen unbekannt und den Deutschen sehr bekannt war. Geld, Reute und Reute mußten die Engländer hierfür opfern. Die britische Offensive wurde dadurch hinausgeschoben und alle Vorbereitungen, die die Engländer getroffen hätten, seien ins Wasser gefallen.

Kämpfe an der Westfront.

Berlin, 19. März. Bei dem am Sonnabend herrschenden guten Wetter war die beiderseitige Fliegerfertigkeit an der Westfront äußerst lebhaft. Unsere kampferprobten Flieger bewiesen neuerlich Ueberlegenheit. In erdichteten Luftkämpfen schloß der Gegner nicht weniger als 19 Flugzeuge ab, von denen sich sieben in unserem Besitz befinden, und zwar wurden drei Flugzeuge bei Opern, neun im Raum zwischen Lille und Arras, zwei an der Somme-Front niedergeschossen, die anderen verließen sich auf die übrige Front. Die abgewählten Fliegerleutnants Frhr. von Richthofen und Pasdenius sind an diesen Erfolgen hervorragend beteiligt. Drei weitere Flugzeuge des Gegners sind durch das Feuer unserer Abwehrgeschütze abgestürzt, davon eines hinter unserer Linie. Demgegenüber haben wir nur den Verlust dreier Flugzeuge zu verzeichnen. Unsere Marineflieger warfen erfolgreich Spreng- und Brandbomben auf die Hafenanlagen und Gaswerke von Dover.

Feindliche Flieger über Frankfurt

Frankfurt a. M., 19. März. Am Freitag den 16. März, 8.30 Uhr erschien aus westlicher Richtung ein feindlicher Flieger über Frankfurt und warf, von der Abwehrgeschütze beschossen, sechs Kleinfallbombe Bomben ab, wovon eine auf dem Dache eines Hauses freiperte, die übrigen in den Main und das umliegende Gelände fielen. Außer nicht nennenswerten Beschädigungen des Daches und dem Bruch einiger Fensterscheiben ist keinerlei Schaden verursacht.

Französisches Großkampfschiff torpediert.

Berlin, 20. März. (Mittl.) Einem unserer Unterseeboote Kommandant Kapitänleutnant Warach hat am 19. März im westlichen Mittelmeer ein durch Zerhörer gesteuertes französisches Großkampfschiff der „Danton“-Klasse durch Torpedoschlag versenkt. Das Linienkreuzer des Stützpunkts lief, legte sich nach dem Treffer sofort hart über und kenterte nach 45 Minuten. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Feindliche Schiffverluste im Februar

Berlin, 16. März. (Mittl.) Im Monat Februar sind insgesamt 358 handelschiffliche mit 751 500 Bruttoregistertonnen insolge kriegerischer Maßnahmen der Handelsmarine verloren gegangen, davon sind 292 Schiffe mit 644 000 Bruttoregistertonnen und 76 neutrale Schiffe mit 137 500 Bruttoregistertonnen. Von den Neutralen sind 61 Schiffe durch U-Boote versenkt worden, als 16,5 Prozent des Gesamtverlustes im Februar gegenüber 29 Prozent neutralen Verlustes im Durchschnitt der letzten vier Monate.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Vertappte englische Kriegsmarine

Die Mannschaften der im Reichsgebiet befindlichen englischen Handelsflotte (etwa 65 Prozent ihres Gesamtbestandes) tragen bestimmte Abgaben, die die Ämtern zu vertreten haben. In der Anweisung über den Gebrauch dieser Abgaben, die von einem deutschen U-Boot einem englischen Dampfer abgenommen wurde, findet sich nun, wie B. Z. B. mitteilt, folgende Stelle:

Die Abgaben dieser Art zu zahlen werden, wenn das Schiff in normale Gewässer der Küste gelangt, und der Kapitän muß sie dann an Bord nehmen und verwahren, bis das Schiff wieder abfährt.

Dieses Handelsmarine zu zahlen kommt ein ungeschicktes Versehen. In demselben Land sie handeln, mit anderen Worten über Kriegsschiffe.

Die Jugendverurteilung arbeitsloser Belgier ist eingeleitet.

Die belgische Regierung hat heute nach dem Belgier verurteilender Verurteilungen für den Fall an den Kaiser mit der Bitte gemeldet, der gemeinsamen Verurteilung belgischer Arbeiter nach Deutschland zurückzuführen, und die belgische abgeleiteten Belgier in ihren Heimat zu überbringen. Den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft ist nunmehr eröffnet worden, der Kaiser habe die Verurteilung im Hinblick auf die gemeinsamen Regierung und die belgische Regierung, die eine eingehende Prüfung unter dem Kaiser und die belgische Regierung bis nach dem Kaiser zu überbringen, so daß die belgische Regierung aber habe er sich zu überbringen, so daß die belgische Regierung als arbeitslos nach Deutschland übergeleiteten Belgien, soweit dies noch nicht geschehen ist, unverzüglich nach Belgien zurückzuführen, und die belgische Regierung arbeitsloser Belgier von Deutschland bis auf weiteres eingeleitet werden.

Hoffnung auf Stärkung des Eisens.

Sie eine Dose des Eisens, die als ein Beispiel für die Stärke des Eisens zu sein, so ist es immer noch ein Beispiel für die Stärke des Eisens.

Kammer, daß auf bewaffnete Neutralität nicht notwendig ein Krieg folgen müsse. Diese Gruppe, die hofft, daß es nicht zum wirtlichen Krieg kommt, rechnet sehr mit dem langsamen Abwachen des Präsidenten. Die Aufhebung des Präsidenten, Handelschiffe zu beschlagnahmen, könne als logische Fortführung der oben erwähnten Politik bezeichnet werden.

Die Regierung hat in ihrer Antwort auf die parlamentarische Anfrage in der vorgelagerten Woche, die dem Reichstag vorgelegt wurde, zu verbleiben, diesen Vorschlag als ausgesprochen produktiv (1) zurückgewiesen.

Kritik des französischen Kriegsministers.

Die Unzufriedenheit in Frankreich mit der Kriegslage hat wieder ein Opfer gefordert. In der französischen Kammer kam es am Donnerstag bei Beratung des Kriegswesens zu heftigen Debatten. Es mußte eine Geheimhaltung anberaunt werden, in der der Kriegsminister sich aber in Schwelgen hüllte. Nun kommt die Nachricht, der Kriegsminister Epauten sei infolge der Ereignisse in der Kammer vom Amte zurückgetreten.

Der nächste wird wohl Briand sein.

Im Ministerrat teilte der Ministerpräsident den Rüdrit Epauten mit und legte Poincaré ein Dekret zur Unterschrift vor, daß Admiral Lacaze interimistisch das Kriegsministerium anvertraut werde.

Der Landwirt

zeichnet Kriegsangelegenheit, weil Besitz und Arbeit in einem fleghaften Deutschland gesegnet sein werden;

der Arbeiter,

weil seine ausschließlichen Lebensbedingungen mit dem Wohlergehen des Vaterlandes aufs engste verknüpft sind;

der Industrielle,

der den Schutz der Heimat und zufriedene Arbeiter braucht;

der Kaufmann,

der seine Einkommensquellen von einem starken Vaterland beschützt haben muß;

das Alter,

das die Früchte seiner Arbeit nicht der Beförderung durch rüchlistlose Feinde preisgeben will;

die Jugend

in dem ungestümen Streben nach allem, was groß und edel ist;

M i l l e

zeichnen die 6. Kriegsangelegenheit, weil sie Herz und Verstand zugleich haben.

Politische Rundschau

Der Reichstag

beschäftigte sich bei seinem Wiederauftritt am 20. März mit sozialpolitischen Fragen. Für die Sozialdemokratie forderte Genosse Hoch, unter voller Anerkennung der durch den Krieg geschaffenen Schwierigkeiten, genügenden gesetzlichen Schutz gegen die Anstrengungen der Arbeiter, besonders der Frauen und Kinder. Für das Zentrum sprach Stesberts und für die Nationalliberalen Dr. Stresemann. Am nächsten Tage verredigte der neue Staatssekretär Dr. Helfferich die Maßnahmen seines Amtes. Leider mußte ihm Genosse Rosenbuch, einer der Mitkämpfer der deutschen Sozialpolitik, erst noch beweisen, daß die deutsche Sozialdemokratie einer wirklichen Sozialpolitik niemals Widerstand entgegensetzt habe.

Ein neuer Vorschlag gegen den Reichstanzler

In den nächsten Tagen soll in Berlin ein neues, geheim gehaltenes, mit fälscher Angabe des Druckers und Verlegers erscheinendes Werk in drei Teilen von mehr als 30 Bogen Umfang verfertigt werden; das die Angriffe, die „Junius alter“ gegen den Reichstanzler gerichtet hatte, wiederholt und verstärkt. Das „Berliner Tageblatt“ ist in der Lage, aus dem Buch folgende Probe zu geben:

Wenn also die Mobilisierungsverzögerung wirklich Symptome von Blut gelöst hat, wie „Junius alter“ auf Grund militärischer Nachrichten angibt, so es Herrn v. B. S. bis jetzt nicht gelungen, dieses Blut von seinen Händen abzuwaschen. Die Geschichte und der weitere Verlauf des Krieges werden entscheiden, inwiefern die Verzögerungspolitik des Kanzlers in der U-Boot und Zeppelinfrage, und seine Friedensanbahnungen den Krieg verlängert haben, und ob die erwähnten Symptome nicht schwache Symptome sind gegenüber einem Meer

von Blut, das diesem Manne dann ins Schuldbuch zu schreiben wäre.

Herrn von Bethmann Hollweg wird es auch besonders schwer angedreht, daß er England das Angebot gemacht hat, unter der Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs zu gewährleisten. In dem Buch wird gesagt:

„Man denke sich denselben Fall einmal in einem Worte, das noch nicht in so hohem Maße durch das Schlagsiff der belgischen Presse um keinen politischen Verstand gebracht ist, wie das deutsche.“

Der Verfasser meint, in Frankreich würde ein Minister, der ankündigt, keine Eroberungen machen zu wollen, mit Schimpf und Schande bedroht werden, wenn ihm nicht noch Schlimmeres widerfahre.

— Die über fünfundsiebzigjährigen hinter die Front. Von sozialdemokratischer Seite ist schon seit geraumer Zeit bei jeder Gelegenheit immer wieder verlangt worden, daß die Mannschaften, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, hinter die Front zurückgenommen werden sollten. Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Bp.) hat der Kriegsminister nun mitgeteilt, daß die Zurückziehung aller Mannschaften über 45 Jahren, die länger als 6 Monate im Felde stehen, aus der vordersten Linie seit geraumer Zeit angeströbt und auch weiterhin betrieben wird, soweit diese Verwendung nicht dem ausdrücklichen Wunsch der einzelnen entspricht.

Sozialdemokratische Anträge zum Militärstat.

Die Sozialdemokraten haben in der Budgetkommission beantragt, den Reichstanzler zu ersuchen:

1. mit möglichstster Beschleunigung eine Reform des militärischen Beschwerderechts herbeizuführen;
2. darauf hinzuwirken, daß die Briefzensur bei den einzelnen Truppenteilen nicht über das unbedingt nötige Maß hinaus ausgebeht wird und daß die Zensur der Briefe nicht mehr bei den einzelnen Truppenteilen, sondern beim Brigadestab oder einer anderen höheren Kommandostelle vorgenommen wird;
3. darauf hinzuwirken, daß Mannschaften, die verwundet oder krank aus dem Felde in Lazarett oder in die Heimat überwiesen werden, vor ihrer Rückkehr zur Front oder zu ihrem Ersatztruppenteil einen entsprechenden Urlaub erhalten.

Das Rechtsmittelverfahren in Militärrentensachen.

Der Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge hat Vorschläge für ein Rechtsmittelverfahren in Militärrentensachen ausgearbeitet und dem Bundesrat und dem Reichstag überreicht. Die Anregungen gehen im wesentlichen dahin, für Streitigkeiten, welche die Festsetzung einer Militärrente auf Grund der Teilnahme an dem gegenwärtigen Krieg zum Gegenstand haben, anstelle der ordentlichen Gerichte in Angliederung an die Obergerichtsämter eigene Spruchbehörden und als Revisionsinstanz beim Reichsausschuß eine Oberspruchbehörde zu schaffen. Diesen Instanzen soll namentlich auch die Würdigung der Frage, ob eine Dienstbeschädigung vorliegt und ob die Dienstbeschädigung als durch den Krieg erfüllt anzusehen ist, übertragen werden; hierüber entscheidet zuletzt nach den Bestimmungen der Mannschafsfürsorgegesetzes die Militärbehörde unter Ausschluß des Rechtswege.

Die Wirkung der Kohlensteuer.

Prof. Julius Wolf untersucht im Tag die Wirkung der Kohlensteuer auf die breiten Volksmassen. Er berechnet, daß die arbeitenden Klassen 5 Prozent ihres Einkommens für Heizung und Beleuchtung ausgeben. Die Kohlensteuer würde diese Ausgabe rein rechnerisch auf 6 Prozent erhöhen. In Wirklichkeit ist aber, wie Prof. Wolf ausführt, der Betrag, mit dem die Kohlensteuer den Haushalt der Arbeiter belastet, nicht dem Kriege 67 Millionen Menschen im Reiche haben werden, so bedeutet eine Steuer von 1/2 Milliarde eine Kopfbelastung mit rund 7 1/2 Mark pro Jahr und eine Neubelastung der Familie mit fünf Köpfen mit nicht weniger als 37 1/2 Mark. Das ist allerdings der Durchschnitt. Es leidet keinen Zweifel, daß der Reiche mehr Kohlen verheizt und „verkohlt“, und mehr als an Lebensmitteln, so auch sonst an Gegenständen kauft, die mit Hilfe von Kohle, sei es hergestellt, sei es befördert werden. Aber die Zahl der Reichen ist bekanntlich immer noch gering. So wird die Durchschnittsziffer durch den Konsum der Reichen nicht allzu sehr verschoben. Man wird auch für den kleinen Mann eine zusätzliche Belastung infolge der Kohlensteuer mit etwa 6 Mark pro Kopf und 30 Mark pro Familie anzunehmen haben. Diese 30 Mark werden selbst dann gelten, wenn es gelingen sollte, dem Ausland einen Teil der Steuer aufzubürden in Gestalt der Steuer von der exportierten Kohle, in Gestalt sodann von mit Aufwendung von Kohle hergestellten und ins Ausland verfrachteten Waren und in Gestalt der Frachtleistungen, die man für dieses besorgt. 30 Mark pro Haushalt sind eine Steuerlast, welche die durch die Zuckersteuer herbeigeführte erheblich übersteigt, und jene durch die Salzsteuer sehr weit hinter sich läßt.

Die Sozialdemokratie lehnt die neue steuerliche Belastung selbstverständlich ab, während die freisinnige Fortschrittspartei zur Bewilligung bereit ist.

— Flugblattprozesse Die Arbeiter Max Schirmer und Heinrich Schürer wurden am Freitag von der ersten Strafkammer des Landgerichts III Berlin wegen Ausreizung zum Klassenhaß, begangen durch Verbreitung eines Flugblattes in einer Munitionskammer, zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon zwei Monate auf die Untersuchungsfrist angerechnet wurden. Die Angeklagten wurden aus der Haft entlassen. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate Gefängnis beantragt. Die Verurteilung fand wegen Beförderung der Ruhe und Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Arbeiterinnen Hermine Stron und Elisabeth Tromach wurden am Freitag von der ersten Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Verbreitung zweier Flugblätter am 27. Juli 1916, enthaltend Sympathieäußerungen für Liebknecht, und zwar weil auf den Flugblättern weder ein Verleger noch ein Drucker angegeben war, zu je sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte je sechs Monate beantragt. Die Verhandlung fand ebenfalls wegen Beförderung der Ruhe und Ordnung unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Danziger Nachrichten

Die Kriegsanleihe und das Reichsschuldbuch.

Von zuständiger Seite wird erneut auf die großen Vorzüge und Vorteile des Reichsschuldbuchs für alle diejenigen hingewiesen, die ihr Geld nicht nur hochverzinslich, sondern auch dauernd anlegen wollen.

Das die Erkenntnis hiervon in immer weitere Kreise dringt, bemerkt die ungeheure Vermehrung, welche die Reichsschuldbuchkonten seit Kriegsbeginn erfahren haben.

Hierbei soll erneut darauf hingewiesen werden, daß erhebliche Verzögerungen in der Zusendung der Benachrichtigungen bei der großen Zahl der Anträge unvermeidlich sind.

Die Zentralleitungen der freien Gewerkschaften, der Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften sowie der kaufmännischen und technischen Verbände hatten zum 18. März nachmittags 5 Uhr eine gemeinschaftliche Volksversammlung in den großen Saal des Werkspieleshauses zur Aufklärung über die Bedeutung der Kriegsanleihe für die werktätigen Volksschichten berufen.

Arbeiterchaft und Kriegsanleihe.

Die Zentralleitungen der freien Gewerkschaften, der Hirsch-Dünckerischen Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften sowie der kaufmännischen und technischen Verbände hatten zum 18. März nachmittags 5 Uhr eine gemeinschaftliche Volksversammlung in den großen Saal des Werkspieleshauses zur Aufklärung über die Bedeutung der Kriegsanleihe für die werktätigen Volksschichten berufen.

Der christliche Gewerkschaftssekretär Gaitowski betonte besonders den ethischen Wert des Vaterlandes. Besonders eindringlich forderte er, daß das ganze Volk ein Volk von Brüdern sei und auf dem Altar des Vaterlandes opfern müsse.

Der christliche Arbeitersekretär Schummer als Vorsitzender zum Schluß machte. Ohne Widerspruch wurde darauf folgende Resolution angenommen:

Einig in dem Bewußtsein, daß die Interessen der Arbeiter und Angestellten untrennbar mit dem Wohl und Wehe des Vaterlandes verbunden sind, erkläre die Versammlung in der Durchführung der Kriegsanleihe eine unaufschiebbare vaterländische Aufgabe, die einen jeden, ohne Unterscheid des Standes und Besitzes, unerbittlich zur Ertüchtigung aller verfügbaren Kräfte und Mittel verpflichtet.

Durch Befestigung des Menschennützlichsten in der Ausbringung und Zusammenfassung, wenn auch kleiner, so doch politisch und moralisch hochbedeutender Beiträge werden die Arbeiter und Angestellten ihre Pflicht erfüllen, um so im Wettstreit mit den Volksgenossen der anderen Stände das Werk der besten deutschen Kriegsanleihe zu vollenden.

Für die Größe und Ehre des Vaterlandes das Beste herzugeben, das ist die Pflicht der deutschen Männer und Frauen in schicksalsschwerer Zeit.

Reichstagsabgeordneter Schöpfkin wird, wie wir erfahren, am 15. April in Danzig — und am Tage vorher in Elbing — über ein noch zu bestimmendes politisches Thema sprechen.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend

zeigt in dieser Nummer eine Generalversammlung und eine Mitgliederversammlung an. Die Besucher seien besonders auf den ersten Punkt der Tagesordnung hingewiesen, der einen interessanten Vortrag über Ernährungs-Fragen und Maßnahmen bringt.

Meldepflicht für den vaterländischen Hilfsdienst.

Alle männlichen deutschen Staatsbürger des Stadtkreises Danzig, die in der Zeit vom 30. Juni 1857 bis 1. Januar 1870 geboren sind, müssen sich vom 22. bis 29. März auf dem Polizeipräsidium, Erdgesch., Zimmer 5—6, persönlich für die Stammliste der Hilfsdienstpflichtigen anmelden.

Hilfsdienstpflichtige Kraftwagenfahrer und Vermessungspersonal

können sich freiwillig, nach näheren Angaben der in dieser Nummer enthaltenen Aufforderungen, bei der hiesigen Kriegsamtsstelle, Krebsmarkt 2/3, melden.

Praktisches vom Hilfsdienstgesetz.

Beim Schlichtungsausschuß klagte der Schlosser G. von der Kaiserl. Werft auf Erteilung eines Abkehrscheins. Er hat ein Ohrenleiden, das sich bei der sehr geräuschvollen Arbeit im U-Bootsbau verschlimmert hat, so daß er nachts nicht schlafen kann.

erhielt den Abkehrschein wegen zu geringen Verdienstes. Er wies nach, daß er auf seinem neuen Arbeitsplatz in Danzig 16 Pfennig pro Stunde mehr verdienen kann.

F. Schichau vor dem Kriegsausschuß.

110 abkommandierte Handwerker der Riesen-Firma F. Schichau klagten wegen Regelung ihrer Leuerungsulagen. Alle sind verheiratet und haben ihre Familien auswärts wohnen. Sie sind daher gezwungen, einen doppelten Haushalt zu führen.

Freiwilliger Hilfsdienst im besetzten Gebiet.

Die Kriegsamtsstelle Danzig fordert durch die Anzeige in dieser Nummer zur freiwilligen Meldung zum Hilfsdienst bei Militär- und Zivilverwaltungen des besetzten Gebietes auf.

Frauen und vaterländischer Hilfsdienst.

Um bereits bestehende Irrtümer aufzuklären, weist die Kriegsamtsstelle Danzig darauf hin, daß eine gesetzliche Hilfsdienstpflicht für die Frauen nicht besteht.

Gewerkschaftsfest in der Waggonfabrik!

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst verpflichtet auch die Betriebe, deren Inhaber sich aus irgend welchen Gründen noch immer nicht verpflichten konnten, mit ihren Arbeitern durch einen Ausschuß zu verfahren.

Gegen städtische Wohnungsfürsorge

sprach sich der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung am 20. März in unangenehmer Deutlichkeit aus. Ueber Danzigs Wohnungselend etwas zu sprechen, heißt wirklich, Wasser in die Motten zu tragen. Die Verhältnisse des Krieges haben den stehenden Zustand noch erheblich verschlechtert. Immer mehr städtische Verwaltungen sehen ein, daß diese Uebel in der Hauptsache durch das entgegenstehende Interesse der privaten Hausbesitzer verursacht werden. Aus diesem Grunde und wegen des großen Umfangs der Wirkungen schlechter Wohnungszustände wird die Wohnungsfürsorge in steigendem Maße städtische Aufgabe. In Danzig ist das leider nicht der Fall. Neuerdings unterstützt der Magistrat den Hausbau von Genossenschaften, allerdings in keineswegs genügender Weise. Die Danziger Bau- und Siedlungsgenossenschaft hat auf dem Trost bei der Eisenbahnwerkstatt etwa 100 Kleinwohnungen errichtet. Sie will noch 200 bauen. Dazu wollte der Magistrat 16 250 Quadratmeter Baufläche zum Preise von 8 Mark pro Quadratmeter bei günstigen Zahlungsbedingungen abgeben. Wohnungswirtschaftler Ehm forderte in der Stadtverordnetenversammlung am 20. März, daß solche Vorteile auch privaten Unternehmern gewährt würden. Oberbürgermeister Scholz erklärte darauf sofort seine Zustimmung. Der neugewählte bodenreformerische Stadtrat Siebenfreund war darüber erstauut, daß die Herabsetzung der Miete nur mit Genehmigung des Magistrats erfolgen solle, während dies für ihre Hinaufsetzung, gegen die ein Schutz doch notwendiger ist, nicht gefordert werde. Er beantragte ferner, der Magistrat solle bei allen solchen Verkäufen grundsätzlich die Bestimmung festlegen, daß der Stadt das Vorkaufs- und Wiederkaufsrecht zustehe. Stadtrat Dvoerk erwiderte, daß die Herabsetzung der Mieten mit Rücksicht auf die Rückzahlungen nicht der Genossenschaft allein überlassen bleiben könne. Ihre Hinaufsetzung sei jedoch finanziell nur möglich und könne daher der Genossenschaft allein überlassen bleiben. Die Rückkaufsklausel erschwere nur den Abschluß von Verkäufen. Dieser unsoziale Formalismus kennzeichnet die herrschende Danziger Richtung! Auch Stadtrat Königsmanu wünschte die Festlegung des Wiederkaufsrechtes, damit die spekulative Verwertung des von der Stadt billig gegebenen Landes verhindert werde. Oberbürgermeister Scholz wendete sich mit erstaunlicher Energie gegen die Forderung. Ihm, dem Magdeburger, gefiel nicht, daß S. sich auf das bessere Vorbild von Wien und Uttona berufen hätte! Er sei erstauut, daß gerade von den Antragstellern solche Wünsche kämen, die nur die Verhandlungen erschweren. Die neu gewünschte Bestimmung würde doch nur auf dem Papier stehen. „Wir haben“, so erklärte er wörtlich, „doch kein Interesse daran, uns die Häuser auf den Hals zu laden!“ Er ersuchte um Zurückziehung des Antrags. Der bürgervereinsliche Stadtrat Burgmann behauptete, daß die Bodenreformer durch den Antrag nur die Herstellung von Wohnungen erschweren wollten! Stadtrat Kitz trat nochmals für den Antrag ein. Er betonte besonders, daß er ihn zum Schutz für den Fall wünsche, daß der Magistrat Privatbesitzer in gleicher Weise begünstige. Die Stadt könne doch nicht zulassen, daß das Haus später teuer verkauft und mindestens von dem folgenden Besitzer die Mieten gesteigert würden. Nun folgte das Allererstaunlichste. Trotz der gewichtigen Gründe, die den Antrag zur unbedingten Notwendigkeit machten, zog Siebenfreund ihn zurück. Dem Ernst seiner bodenreformerischen Bestrebungen hat er dadurch kein gutes Zeugnis ausgestellt! Die Vorlage wurde bemittelt.

Straßenbahn-Scandale

Die hiesigen Straßenbahnverhältnisse haben sich in so unglücklicherweise entwickelt, daß es in der Stadtverordnetenversammlung am 20. März ganz unvorhergesehen zu einer Erörterung darüber kam. Stadtrat Kawalki beklagte besonders die Verkehrsschwierigkeiten, die auf der am stärksten befahrenen Langfuhrer Linie zu einem Notstande geworden seien. Das Publikum werde von der Gesellschaft in unmöglicher Weise behandelt. Es werde in die Wagen hineingepfercht, daß diese ständig überfüllt seien. Schlimmer sei, wie den Fahrgästen noch durch Angehörige des Personals gedankt werde. Er habe selber am 19. März mittags auf dem Langenmarkt einen Vorfall erlebt, der zeige, wie weit es gekommen sei. Ein herankommender Motorwagen wurde, wie üblich, notgedrungen vom Publikum geführt. Eine Anzahl Schülerinamen höherer Mädchenschulen wollten auch noch den Wagen besteigen. Darauf erwiderte der Kontrolleur John Engel den Wagenführer auf: „Auf meine Verantwortung fahren Sie los! Wahren Sie der Bande die Beine ab!“ Einige Angehörige Danziger Herren, die diese brutale Aufforderung hörten, wurden von dem Kontrolleur auf ihren Einpruch mit einer Flut wüster Schimpfwörter überhäuft. Der Kontrolleur solle am gleichen Tage auch schon gegen das Publikum tätlich geworden sein! Bei einer solchen Behandlung könne schließlich doch einmal die Geduld des Publikums reizen. Stadtrat Ehm wendete sich gegen die fahrlässige Sparpolitik der Straßenbahngesellschaft. Der Magistrat habe die Pflicht, eine Besserung herbeizuführen. Der schlechte Zustand der Motorwagen sei kein Wunder, weil die Betriebschlosser selbst für Sonntagsarbeit nur 50 Pfennig pro Stunde erhielten! Oberbürgermeister Scholz bedauerte allerdings den Vorfall auf dem Langenmarkt, entschuldigte aber die Gesellschaft mit den Schwierigkeiten, die durch den Krieg verursacht, in den Einzelhändler und dem Mangel an Material lägen. Mit erfreulicher Entschiedenheit wendete sich Stadtrat Kawalki gegen diese Beschränkungsversuche. Bei seinen Reisen habe er in Halle, Berlin, Magdeburg einen einwandfreien Betrieb der Straßenbahnen gefunden, obwohl dort die gleichen Kriegswirkungen vorlägen. Gutes Personal könne die Danziger Gesellschaft bei der planmäßigen Bezahlung nicht erhalten. Wagenführer erhalten bei täglich 10 bis 15 Stunden Dienst nur 110 Mark monatlich. Er habe selber festgestellt, daß ein Wagenführer mit 21jähriger Dienstadt nur ein Monatslohn von 135 Mark erhalte. Damit könne kein Familienwahrer auskommen. Bei so minderwertiger Bezahlung könne man auch nur minderwertiges Personal, ohne Interesse für den Betrieb,

erhalten. Ab Reklamation habe das Trainbattillon in Langfuhr sogar eine Anzahl Leute für die Straßenbahn freigegeben. Sie seien nach einigen Tagen aber wieder zum Truppenteil zurückgeführt und erklärten, daß sie lieber dort bleiben als bei der Straßenbahn, weil sie mit dem geringen Lohn nicht auskommen könnten! Stadtrat Zimmermann gehört dem Aufsichtsrat der Gesellschaft an, in dem er die Interessen der Stadt vertreten soll. Er wendete sich sehr selbstbewußt gegen Kawalki und fand es sogar wenig geistreich, daß dieser sich bei den Angestellten der Bahn direkt informiere. Die befragten Personen hätten die „sehr erheblichen Kriegszulagen“, deren Höhe der Stadtrat selber nicht nannte, nicht mitgeteilt. Stadtrat Kawalki wunderte sich, daß der Stadtrat der als Aufsichtsratsmitglied doch am besten Bescheid wissen müsse, die angeblich hohen Kriegszulagen nicht zahlenmäßig nenne. Er, Kawalki, habe bei der früheren Verhandlung über die Mißstände bereits mitgeteilt, daß die Danziger Gesellschaft nach einer Aufstellung über Löhne und Arbeitsverhältnisse unter 192 Gesellschaften erst an 131. Stelle stehe! Diese Feststellung beruhe auf der eigenen Angabe der Gesellschaft. Frage man sie direkt, dann bekomme man von der Direktion höchstens — irriige und höhnische Antworten! Wie schlecht es der Straßenbahn gehe, bewiese die Tatsache, daß sie für das abgelassene Geschäftsjahr 7 Prozent Dividende, also noch 1 Prozent mehr als im Vorjahr verteilen werde. Der Obermeister der Materialverwaltung Brezinski erklärte ebenfalls, daß die Löhne der Gesellschaft unvorantwärtlich sehr schlecht seien! Drei Schaffnerinnen hätten ihm freiwillig mitgeteilt, daß sie abgehen müßten, weil sie mit dem Hungerlohn nicht auskämen! Hiernach wagte weder der Oberbürgermeister noch der Aufsichtsrat die weitere Verteidigung der Gesellschaft. Die Bürgerschaft wird wegen ihrer Mäher wohl einige Gedanken machen. Es ist unangenehm, wie die städtischen Organe, die längst einsehen müßten, daß die Verhinderung der Straßenbahngesellschaft den städtischen Betrieb notwendig fördert, für sie sogar noch Entschuldigungen hinsichtlich der, wie Stadtrat Kawalki sehr richtig sagte, standalösen Bezahlung, fertig bringen. Schließlich sind doch auch die Straßenbahner und Straßenbahnerinnen Danziger Bürger. Die Arbeitergesellschaft besteht dagegen aus einer ganz kleinen Zahl großkapitalistischer Aktionäre, die in der Hauptsache noch in Berlin ansässig sind. Jede Entschuldigung der Gesellschaft wird unmöglich, wenn man die Tatsache ins Auge faßt, daß sie die Dividende gegen das Vorjahr um 50 000 Mk. erhöhte und nun 350 000 Mk. auszahlen wird. Wahrscheinlich wegen dieses Notstandes trägt sie sich mit dem unerhörten Gedankem auch den Einzelpreis von 10 auf 15 Pfennig zu erhöhen. Der in allen Formen geführte Kampf der Gesellschaft gegen die Bürgerschaft würde wenigstens für die Langfuhrer Strecke dadurch wesentlich gemildert werden können, wenn die Eisenbahn das Monopol der Gesellschaft brechen würde. Schon längst bestand bei Bürgern und Arbeitern der Wunsch, in der Nähe der Technischen Hochschule eine Eisenbahnhaltestelle zu erlangen. Diese ist nach der Weiterverlegung des Langfuhrer Bahnhofes noch notwendiger geworden. Ohne sie ist das Publikum in erheblich stärkerem Grade als früher auf die Benutzung der Straßenbahn angewiesen. Die Eisenbahndirektion sollte den zahlreichen Arbeitern der Heeresbetriebe gegen die unerträgliche Herrschaft der Straßenbahngesellschaft wenigstens jetzt zur Hilfe kommen. Das Personal der Gesellschaft sollte aber durch den einmütigen Zusammenschluß im Deutschen Transportarbeiter-Verbande selber dafür sorgen, daß solche ungeheuerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Großstadt Danzig nicht länger verunzieren dürfen. Leider haben, trotz all' der unerträglichen schweren Mißstände, die Leser der bürgerlichen Blätter von der Absicht der neuen Fahrpreiserhöhung noch nichts erfahren! Auch ließen ihre Berichte über die Stadtverordnetenversammlung sehr wenig von der tatsächlichen Schärfe der gegen die Gesellschaft gerichteten Vorwürfe erkennen.

Erhöhung der Verpflegungssätze für Soldaten.

Berlin, 17. März. Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. März 1917 sind die Vergütungssätze für Naturalverpflegung — sowohl für Offiziere, Sanitäts-offiziere und obere Beamte als auch für Mannschaften und Unterbeamte — mit Rücksicht auf die Teuerung für die Kriegsdauer wie folgt erhöht worden:

a) volle Tageskost mit Brot	2,— Mk.
ohne Brot	1,85 „
(bisher 1,50 Mk. bezw. 1,35 Mk.)	
b) Mittagskost mit Brot	1,— „
ohne Brot	0,95 „
(bisher 0,72 Mk. bezw. 0,67 Mk.)	
c) Abendkost mit Brot	0,37 „
ohne Brot	0,32 „
(bisher 0,32 Mk. bezw. 0,27 Mk.)	
d) Morgenkost mit Brot	0,53 „
ohne Brot	0,28 „
(bisher 0,31 Mk. bezw. 0,26 Mk.)	

Zins Westpreußen

Unsere Postbezieher

werden dringend gebeten, das Abonnement rechtzeitig bei ihrer Postanstalt zu bestellen. Bei den jetzigen Verkehrsschwierigkeiten ist die möglichst frühzeitige Bestellung zu empfehlen. Nur dann ist früher auf ununterbrochene Lieferung der Volks-wacht zu rechnen. Verlag Volkswacht.

Der Ortsverein Ohra

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Land hielt kürzlich seine erste Mitgliederversammlung nach dem Ausscheiden der Arbeitergemeinschaftler und Spartakusleute ab. Zur Begünstigung aller Besucher erfreute sie sich eines guten Besuchs. Vor allem war es aber seit langer Zeit zum erstenmal wieder möglich in ruhiger und aufklärender Weise ruhig zu verhandeln.

Genosse Bartel referierte über Steuerpolitik. Er legte eingehend die Steuerverhältnisse Deutschlands dar und behandelte die Steuerreformen von 1916 und die jetzt dem Reichstag vorliegende. Er betonte, ebenso, wie es in der Ansprache geschah, daß festgeschlossene Einmütigkeit im politischen Kampf jetzt und später für die Arbeiterschaft unbedingt notwendig sei. Im Anschluß an diese Erörterungen folgte die Besprechung von örtlichen Ernährungsfragen. Die Versammlung war der beste Beweis dafür, daß die Wählerarbeit der von der Partei abge-schickten Oppositionsleute unserer Bewegung nichts geschadet hat, sondern durchaus zu ihrer Befundung beitrug. Was allem sind es die Methoden, durch die die Leute von der Arbeit-gemeinschaftspartei im Trüben zu fischen suchen, die die Arbeiter über sie aufklären. So ist uns z. B. ein inhaltlich bössartig verpackter Zettel vorgelegt, der mit 3 Fragen als Verpflichtung zum Beitritt in die Opposition abschließt. Diese hatten die Herren Sommer und Radtke bereits vorsorglich zustimmend mit Bleistift ausgefüllt, als sie ihn zu Genossen brachten. Unter solchen Umständen bedurfte es wirklich nicht erst des vernichtenden Wahlausfalles von Potsdam-Osthavelland, um die hohle Leere der Oppositionsreihe zu kennzeichnen. Die Genossen des Landtreises und besonders die in Ohra haben in so schweren Kämpfen für ihre Überzeugung gerungen, daß sie sich am allerwenigsten durch solche Leute, die dabei gar nicht beteiligt waren, um ihre Einigkeit bringen lassen. Sie werben sich vielmehr gerade gegen die Feinde der Arbeiterschaft werden, die in auch sozialistischer Verteidigung die Geschäfte der Kapitalisten und Schatzmacher besorgen.

Der Kreis Danziger Niederung

hat nach der Volkszählung am 1. Dezember 1916 in 79 Land-gemeinden und Gutsbezirken eine Zivilbevölkerung von 25 461 Seelen. Die größte Einwohnerzahl hat Stutthof mit 1960, es folgen Bürgerweien mit 1868 und Eisegen mit 1165 Seelen. Ueber 700 Einwohner haben Bodenwinkel (756), Bohnsack (776), Nidelswalde (712), Pasewark (798). Kl. Mehrendorf weist 700 Seelen nach, Gr. Zinder 674. Ueber 500 Einwohner haben Käsemark (530), Schlemmerhorst (502), Groß Waddorf (564), Wehlfinken (553). Ferner sind zu nennen: Einlage (406), Gottswalde (414), Junkeracker (411), Kahlberg (440), Zehlauerweide (488), Müggelbühl (436), Westl. Neufähr (414), Gr. Mehrendorf (498), Prinzlaff (461), Wohlhoff (406). Gut Bodenbruch und Gut Ziesewald sind mit je 15 Seelen die kleinsten Landbezirke.

Elbings Arbeiterschaft zur Kriegsanleihe.

Eine am 20. März im Gewerbehause abgehaltene Volks-versammlung der Gewerkschaften sowie kaufmännischen und technischen Angestellten-Organisationen, die von etwa 500 Männern und Frauen besucht war, beschäftigte sich mit der Bedeutung der sechsten Kriegsanleihe für die Arbeiter und Angestellten. Es sprachen für die freien Gewerkschaften Gausleiter Magroßki-Danzig, dann Gewerkschaftssekretär Bor-raih-Elbing und der christliche Gewerkschaftssekretär Galkowski-Danzig. Sämtliche Redner führten aus, daß die Kriegsanleihe eine Verteidigungswaffe sei, die bei der leider gegebenen Unversöhnlichkeit unserer Feinde auch von der Arbeiterschaft in ihrem eigenen Interesse unterstützt werden müsse. Die Sicherheit für die Anleihe liege in der deutschen Volkswirtschaft. In England habe die letzte Anleihe 20 Milliarden ergeben. Das deutsche Volk müsse die gleiche Summe erstreben. Je größer die Zahl derer sei, die sich an der Zeichnung beteiligten, um so eher werde der Friede gefördert. Die Zeichnung sei auch für die kleinen Leute und Arbeiter schon in geringen Beträgen zulässig. Die Hauptsache sei, daß ein Anteil von 100 Mark in sechs Monaten eingezahlt werde. So erhalte jeder Arbeiter die Möglichkeit, seine Spargroschen mit 5 Prozent zu verzinsen. Es erfolgte darauf die Annahme der in Danzig beschlossenen Resolution einstimmig ohne Widerspruch.

v. Oldenburg-Januschau gegen Unterstaatssekretär Michaelis.

In der jüngst in Danzig abgehaltenen Volksversammlung der Westpreussischen Landwirtschaftskammer hielt der Vorsitzende, Kammerherr v. Oldenburg-Januschau, einen Vortrag über Ernährungsfragen und machte dabei gegen den neuen Wirtschaftsplan des Kriegsernährungsamts Front, den er als sehr bedenklich bezeichnete. Berdberlich sogar seien, sagte er, die Pläne des Unterstaatssekretärs Michaelis, der die Landräte, die nicht genügend aus ihren Kreisen herausziehen, absetzen wolle. Dann werde die Landwirtschaft wohl nicht mehr lange produzieren. (!) Der Redner erklärte das Allheilmittel in der Wiedereinführung des freien Handels auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung, denn dann werde das deutsche Volk sozialer Kartoffeln haben wie in Friedenszeiten, allerdings zu etwas (!!) höheren Preisen. Es sei aber selbstverständlich (!!), daß das Volk die Nahrungsmittel, die es am nötigsten gebrauche, auch am teuersten bezahlen müsse.

Gegen Oldenburg traten verschiedene Redner auf, unter ihnen Professor Dr. v. Seelhorst, einer jener zwölf Professoren, die für eine Preisrelaxation eingetreten waren. Die Versammlung nahm schließlich eine Erklärung an, die zwar nicht ganz nach Oldenburgs Sinne war, aber doch, nach einer von dem konservativen Reichstagsabgeordneten für Danzig-Land Dr. Jelen-Wositz, beantragten Verschärfung, im großen und ganzen seinen Standpunkt vertritt. Es heißt darin unter anderem: „Es ist notwendig, möglichst bald schrittweise den freien Verkehr zwischen Stadt und Land auf dem Gebiete der Lebensmittelherzeugung, ganz besonders auf dem der Kartoffeln, unter Wiedereinführung des Handels, herzustellen. Wir halten die im neuen Wirtschaftsplan vorgesehene Herabsetzung der Viehpreise für sehr bedenklich (!), die die Schweinepreise geradezu für verderblich (!!), da sie die Schwinefleischproduktion unrentabel macht und eine Verjüngung der schwerarbeitenden Bevölkerung mit Zeit nach mehr erschwert.“ — Wohl, weil man zu den Preisen eben nicht liefern will!

Westpreussischer Provinzialtag

Der vom 13. März im Danziger Lande abgehaltene 42. westpreussische Provinzialtag machte an seinem zweiten Sitzungstage, dem 14. März, einen sehr bemerkenswerten

Zusflug auf das Gebiet der hohen Politik, die normalerweise seinen Aufgaben gehört. Von den 72 Abgeordneten, die nicht durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zu ihren Mandaten gekommen sind, hatten 36 folgenden Antrag gestellt:

Wir beantragen: Der 42. Provinziallandtag wolle auf Grund des § 43 das nachstehende Gesuch an die Staatsregierung richten: Der bisherige Verlauf des Krieges und die sichere Aussicht auf keinen glücklichen Ausgang bieten uns die Gewähr dafür, daß die Westgrenze des russischen Reiches in östlicher Richtung verlegt und dadurch die Sicherung der Ostmark unseres Reiches gegen räuberische Ueberfälle des bisherigen russischen Nachbarn verstärkt wird. Wir verbieten uns auch nicht, daß die Entstehung eines politischen Staatswechsls an unserer Grenze ein Ereignis darstellt, dessen politische und wirtschaftliche Folgen wegen der benachbarten Lage unserer Provinz und wegen der polnischen Bestandteile ihrer Bevölkerung notwendig auf sie hinübergreifen müssen. An die Staatsregierung richtet deshalb der Westpreussische Provinziallandtag die vertrauensvolle Bitte, Westpreussens Vertreter im Bundesrat dahin wirken lassen zu wollen, daß bei der bevorstehenden Abgrenzung und inneren Ausgestaltung des polnischen Reiches die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz Westpreußen gefördert und die Vormachtstellung des Deutschtums an der östlichen Reichsgrenze verstärkt und befestigt wird.

Die vorsichtig diplomatische Fassung läßt einigermaßen schwer erkennen, was die Antragsteller wollen. Zu diesen gehörten indes in erster Linie der konservative Kammerherr von Oldenburg-Januschau, der gleichfalls konservative Reichstagsabgeordnete Doerffler-Wollig, der frühere konservative Abgeordnete Menner-Kottmanskopf, Kommerzienrat Ziese-Schichau, Elbing, der konservative Graf Kestlering-Kreutzfeldt, der Danziger Oberbürgermeister Scholz und die liberalen Danziger Abgeordneten Bankdirektor Dr. Damm, Kaufmann Gronau und Justizrat Keruth. Oberbürgermeister Scholz hat sich bekanntlich schon vor dem Kriege im Herrenhause einem konservativen Protest gegen den Reichskanzler angeschlossen gehabt. An der Spitze der Antragsteller stand Oberbürgermeister Rünast-Graudenz, der stellvertretende Vorsitzende des Provinzialausschusses. In der kurzen Begründung meinte er, daß es zur Rechtfertigung des Antrages nur weniger Worte bedürfe. Die Errichtung des Königreichs Polen sei für Westpreußen das wichtigste Ereignis des Weltkrieges. Dadurch sei die russische Grenze weiter nach Osten geschoben. Doch knüpfen sich an diese Aenderung auch ernste Bedenken. Es sei fraglich, ob der westpreussischen Industrie das bisherige Absatzgebiet erhalten bleibe. Man müsse auch fragen, wie es mit den Wäldern stehe und ob der ländliche Arbeitermangel der Provinz nicht noch vergrößert werden würde. Auch in nationaler Beziehung beständen Bedenken. Hoffentlich werde die Streitart zwischen Deutschen und Polen beseitigt werden. Wenn dies nicht geschehe, würde die Lage des Deutschtums in Westpreußen schwierig werden. Der Landtag habe das Recht, seine Bedenken der Regierung zu unterbreiten. Bei einem solchen Akt könne ihm nicht der Mund verschlossen werden. Auf diese mit großer Beifall aufgenommenen und mehr zwischen den Zeilen als ausdrücklich sprechende Begründung erwiderte Oberpräsident v. Jagow durch folgende Erklärung:

Eine eingehende und bindende Erklärung namens der königlichen Staatsregierung zu dem vorliegenden, erst gestern gestellten Antrag abzugeben, bin ich naturgemäß nicht in der Lage. Bei der außerordentlichen Bedeutung der in dem Antrag berührten Fragen fühle ich mich aber doch als Oberpräsident der Provinz zu einer kurzen Erklärung verpflichtet. Das in dem Antrag vorgeschlagene Gesuch an die königliche Staatsregierung enthält zunächst in seiner Begründung und in seiner Schlussbitte einen auf dem Gebiete der äußeren und inneren Politik liegenden Wunsch. Ich glaube, mich diesem Gedanken gegenüber auf den Ausdruck meines tiefsten Vertrauens beschränken zu können, daß die glänzenden Erfolge unserer bewährten Heerführer und kämpferischen Helden draußen die dauernde Sicherheit unserer Provinz nicht nur für die Dauer dieses Krieges, sondern für alle Zeiten verbürgen und daß der Friede, den Deutschland mit seinen Feinden abschließen oder wie ich sicher hoffe, dem Feinde diktiert wird, deutsche Macht, deutsches Wesen und Deutschlands Wehrtauglichkeit für unser gesamtes Vaterland und somit auch für unsere Provinz fördern und sichern wird.

Der andere Hauptgedanke des Antrages liegt auf wirtschaftlichem Gebiete. Ich kann mich demgegenüber auf die in meinem gestrigen Eröffnungsrede enthaltenen Erklärungen beschränken, daß die wirtschaftliche Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Provinz Gegenstand meiner dauernden und sorgfältigen Beachtung sein wird. Ob und in welcher Richtung hierzu über besondere Maßnahmen der königlichen Staatsregierung erforderlich sein werden, das muß der endgültigen Entscheidung der maßgebenden Zentralinstanzen der Staatsregierung vorbehalten werden. Ich halte mich aber für berechtigt zu erklären, daß die Fürsorge für die weitere Entwicklung der Provinz nicht nur von mir erfolgt, sondern im Sinne der gesamten Staatsregierung liegt.

Darauf wurde der Antrag einstimmig mit sämtlichen Stimmen angenommen.

Wenn die Schicksale einst von den Fröhen berichten und die der von der Reichsregierung angeordneten Neuorganisation entgegenwirken, so wird sie an jedem Schritt mit übergeben können. Mindestens besteht die Begründung des Graudenz'schen Oberbürgermeisters, daß die westpreussische Provinz des westpreussischen Großgrundbesitzes und der Industriellen der Gründung des polnischen Reiches um noch weniger als sehr gemäßigten Empfindungen gegenübersteht. Es wäre daher verständlich gewesen, wenn der Oberpräsident die künftigen der Gründung des neuen Reiches die einen Stammsatz der deutschen Regierung durch die Verbündeten darstellend etwas härter besetzt hätte. Die westpreussischen waren aus der Begründung Rünast's Be-

denken gegen etwaige Zollvergünstigungen und gegen eine größere Freiheit der ländlichen und industriellen Arbeiter als Folge des neuen Polenstaates herauszuhören. Mit diesen Anschauungen kann der Provinziallandtag mindestens nicht behaupten, daß er die Ansichten der Westpreußen vertritt. Der weitestgehende Teil der Bewohner der Provinz Westpreußen lehnt solche Anschauungen mit uns entschieden ab! — Eine etwas deutlichere Prägung des Beschlusses erfolgte am 15. März in der Danziger Versammlung des Vereins der Konservativen Westpreußens durch den konservativ-alldeutschen Voraberedner Reichstagsabgeordneter Dr. Bildgrube. Dieser faßte seine Ansicht zur polnischen Frage in den bezeichnenden Satz zusammen, daß ihm durch die Gründung des eigenen Polenreiches das polnische Pferd am Schwanz aufgezaumt zu sein scheine.

Getreidewucher in Graudenz.

Die Graudenz'er Strafkammer verhandelte am 15. März gegen den hiesigen Kaufmann Friedrich Erwich wegen Lebensmittelwucher. Er hatte für Erbsen und Rubeln übermäßige Preise genommen und für beschlagnahmte und trotzdem gekaufte Gerste, Gröhe und Graupen die Höchstpreise überschritten. Aus seinen Geschäftsbüchern wurde festgestellt, daß er in seinem mittleren Geschäft in einem halben Jahr einen Umsatz von über eine Million Mark hatte und dabei 300 000 Mark Reingewinn erzielte. Er wurde zu nur 50 000 Mark Geldstrafe eventuell für je 15 Mark zu einem Tage Gefängnis bis zur Höchstdauer von zwei Jahren verurteilt. Der Staatsanwalt holte 99 800 Mark Geldstrafe beantragt. Kaufmann Franz Schmidt aus Graudenz hat vor ganz kurzer Zeit wegen Kriegswuchers 10 300 Mark Geldstrafe erhalten. Er war deshalb neuerdings wieder angeklagt, weil er 350 Zentner Rubeln für 48,50 Mark pro Zentner eingekauft und für 56 bis 70 Mark verkauft hatte. Er erhielt nun 11 500 Mark Geldstrafe. — Am 20. März verurteilte die Strafkammer nach langer Verhandlung den Eisenbahngeliffen Pohlenz aus Bierzuchua, Kreis Bromberg, wegen Bestechung, schwerer Urkundenfälschung und wegen Ueberschreitung der Höchstpreise bei Getreidebeschreibungen zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre. Der kommissarische Eisenbahngeliffen Kraß aus Seeburg wurde wegen Bestechung, schwerer Urkundenfälschung und Höchstpreisüberschreitung zu zwei Jahren Gefängnis und zum Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf drei Jahre verurteilt. Mehrere andere Angeklagte erhielten ebenfalls höhere Strafen. Die Verurteilungen erfolgten aus Anlaß der großen Getreidebeschreibungen zwischen Westpreußen, Posen und Berlin. Hauptsächlich war dabei der Inhaber der Berliner Firma Emil Bundzus beteiligt, der mit Hilfe der Eisenbahngestellten Getreide unter der falschen Deklaration „Kartoffeln“ nach Berlin schmuggelte.

Gewerkschaftliches

Der erste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. Vor 25 Jahren, am 14. März 1892, trat in Halberstadt der erste Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands nach dem Fall des Sozialistengesetzes zusammen, der den deutschen Gewerkschaften endgültig die Grundlage gab, auf der sie im Laufe des verfloffenen Vierteljahrhunderts zu dem stolzen Gebäude, das sie heute darstellen, ausgebaut worden sind.

Vom ersten zum zweiten Kongreß ging allerdings die Zahl der auf diesen beiden Kongressen vertretenen Arbeiter etwas zurück. Während auf dem Kongreß von 1892 insgesamt 303 519 Gewerkschaftsmitglieder durch 208 Delegierte vertreten waren, betrug die Zahl der auf dem zweiten Kongreß zu Berlin 1896 vertretenen Arbeiter 271 141. Der Rückgang war auf die Abnahme der Zentralorganisation zurückzuführen. Die Zahl der Mitglieder der Zentralverbände ist vom ersten zum zweiten Kongreß beträchtlich gestiegen, da auf dem ersten Kongreß nur 237 094 Zentralorganisationsmitglieder vertreten waren, auf dem zweiten aber, wie schon erwähnt wurde, 271 141. Auf dem dritten Kongreß zu Frankfurt a. M. 1899 waren es dann nahezu eine halbe Million, nämlich 495 183, auf dem vierten zu Stuttgart 1902 681 118. Auf dem fünften in Köln 1905 war die erste Million schon weit überschritten: er konnte 1 199 899 organisierte Arbeiter mustern. Auf dem sechsten in Hamburg 1908 waren es 1 888 670, auf dem siebenten (außerordentlichen) in Berlin 1910 1 952 582, auf dem achten in Dresden 1911 schon über 2½ Millionen, nämlich 2 276 395, und auf dem neunten in München 1914 weit mehr als 2½ Millionen: 2 556 251. Vom ersten bis zum neunten Kongreß hatte sich also die Zahl der durch Delegierte vertretenen Mitglieder der Zentralverbände mehr als verdreifacht.

Gleichzeitig sind die Gewerkschaften dank ihrer regen Bildungsarbeit und des ständigen Ausbaues ihrer Einrichtungen nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe gegangen, wie der ständige Rückgang des Mitgliederwechsels, die straffe Disziplin und Solidarität in den gewerkschaftlichen Kämpfen und die daraus erkennbare gute Schulung der Gewerkschaftsmitglieder lehren. Dieser gesunde Vormarsch- und Aufwärtstrend der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat allerdings Mitte 1914 der furchtbare Weltkrieg ein plötzliches Halt geboten. Weit über die Hälfte aller Gewerkschaftsangehörigen wurde zu den Waffen gerufen, viele andere wurden aus ihrem Beruf gestrichen, um in der Kriegsindustrie beschäftigt zu werden. Das konnte natürlich nicht ohne ungünstige Rückwirkungen auf die Mitgliederzahlen der Verbände bleiben. Aber in diesen Organisationen geht es trotz allen Unbilben der Kriegszeit schon wieder vorwärts, eine gute Vorbereitung für die Zeit nach dem Kriege! Wie bis zum Kriegsausbruch, so sind die Gewerkschaften auch in der Kriegszeit der Arbeiterklasse stets ein fester Rückhalt gewesen, der in jeder Hinsicht ihre Interessen wahrzunehmen hat.

Hinweg mit den Gewerkschaften!

Diese Parole wird im anarcho-syndikalistischen „Kampf“ ausgegeben. Der „bureaucratische Aufbau“ und die „Machtspiele der Beamten“ lasse eine Reformierung der freien Gewerkschaften von innen heraus ebenso wenig zu, wie eine Umgestaltung der sozialdemokratischen Partei. Beide seien weiter nichts als „ein Haufen organisierter Verweigerung“. Nach dieser gefährlichen Bezeichnung wird dann weiter gesagt, daß eine andere Gewerkschaftsbewegung auf ganz neuer Grundlage geschaffen werden müsse. Das Fundament dieser neuen Bewegung müsse der Kampf sein, der Kampf „unter allen Umständen“ und „in jeder Lage“. Weiter denken sich die syndikalistischen Herren die Sache so, daß alles in einen Lopf geworfen wird. Die Interessen aller Arbeiter seien ja doch die gleichen, warum also die Schranken zwischen Metallarbeitern

und Holzarbeitern, zwischen Bäckern und Bauhandwerkern? Dann haben wir den syndikalistischen Allereinsten-Arbeiterbund nach romantischem Muster, in dem viel debattiert, radikale Beschlüsse gefaßt werden, wo aber nichts erreicht werden kann, weil die Unternehmer vor den großen Worten leiber verdammt wenig Respekt haben. Die „Gewerkschaftsbureaucratie“ muß natürlich befestigt werden, denn sie ist verantwortlich für den „Zusammenbruch“ der Gewerkschaften (von dem wir noch nicht das mindeste demeriti haben. Reb.). Gewerkschaftsangehörige? Wozu braucht man solche in den „reinen Kampfsorganisationen“, die nicht mehr Unterstützungsvereinigungen sind?

Man sieht, die Syndikalisten vom Niederrhein wollen da wieder anfangen, wo die „Totalisten“ Anfang der 90er Jahre gestanden haben. Die berühmten Sechservereine, die den Kampf zu führen dachten mit dem „Idealismus der Massen“. Daß diese Art Gewerkschaftsbewegung heute Aussicht auf Erfolg habe, werden auch die Syndikalisten nicht erwarten. Aber darauf kommt es schließlich nicht an, sondern der Wille, das Alte, Bewährte niederzureißen — das ist der Zweck der Uebung.

Aus der Partei

Das Masseurteil von Spandau

— Wo stehen die Massen? Wir haben als Kennzeichen der Wahl in Potsdam-Spandau schon das erdrückende Uebergewicht der Arbeiterstimmen für Genossen Stahl — bei im allgemeinen geringer Wahlbeteiligung — hervorgehoben. Unser Urteil wird durch die folgende Statistik bestätigt, die die sechs reinsten Arbeiterviertel von Spandau umfaßt:

Wahlbezirk	Wahlberechtigte	Davon Arbeiter	Für Stahl	Für Wehring
1. (Küststadt)	660	484	181	55
8. (Neustadt)	705	603	276	88
16.	703	685	229	98
23. (Seegesäß. Str.)	668	576	181	71
28. (Wilhelmstraße)	571	487	167	68
29. (Hafelhorst)	403	322	211	41

Das heißt, ein sehr großer Teil der Arbeiter wurde durch den widerwärtigen Wahlkampf einfach in den Indifferentismus zurückgeschleudert, ein anderer sehr großer Teil hielt trotz aller Widrigkeit zur Fahne der Sozialdemokratischen Partei, und ein kleines Häuflein schwankte zu Spartakus ab: 55 von 484, also ein Achtel, 86 von 503, ein Sechstel usw. Sind das „die Massen“?

Das Ergebnis ist so klar, daß selbst die „Zeppinger Volkszeitung“ — in hypothetischer Form — von einer „bedenklichen Niederlage“ und von einem „schlechten Ergebnis“ spricht. Aber sie will sich „nicht entmutigen lassen“, „Das sinnlose Treiben wird also fortgesetzt werden, bis der „Massenreform“ 0,0 ergibt!

— Ein Befehret. Auf der jüngstlichen Landeskonferenz hat laut „Dresdener Volkszeitung“ der Reichstagsabgeordnete Genosse Krätzig, der bisher zur Minderheit innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion gehörte, ausgeführt:

„Er stehe ganz und gar auf dem Boden der Landesverteidigung. Nachdem aber bei der Friedensinterpellation Spahn und Genossen ihre Annexionsabsichten ausgesprochen hätten und der Reichskanzler unterlassen habe, zu tun, was er tun mußte, habe er die letzten drei Raten der Kriegskredite abgelehnt. Er erkläre aber, daß, nachdem die Reichsregierung ihre Friedensangebot gemacht und die Entente es nicht nur brüsk abgelehnt, sondern sogar mit der Enthüllung wüster Eroberungspläne beantwortet habe, er so lange bewilligen werde, als die Lage die gleiche sein werde.“

Die Erkenntnis, daß wir tatsächlich um nichts anderes als um unser Daseinsrecht kämpfen, könnte nachgerade auch bei der Minderheit Allgemeinut geworden sein.

— Zur Spaltung der schwedischen Reichstagsfraktion. Die „Sozialdemokratische Linksguppe“ wie die 15 aus der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetretenen Abgeordneten ihre neue Fraktion des schwedischen Reichstags nennen, hat sich nunmehr konstituiert, und zum Vorsitzenden den Bürgermeister Lindhagen gewählt. Außerdem wurde ein aus 5 Mitgliedern bestehender Geschäftsausschuß ernannt.

Soziales

— Der Kapitalismus im Kriegsjahr 1916. Das Kapital, das im verfloffenen Jahr 1916 in neugegründeten Aktiengesellschaften und in Gesellschaften m. b. H. festgelegt wurde, übersteigt dasjenige des Jahres 1915 ganz erheblich; es beträgt 317,3 Millionen gegen 186,2 Millionen im vorangegangenen Jahre. An Kapitalerhöhungen wurden in die Handelsregister im Jahre 1916 299,5 Millionen gegen 232,6 Millionen im Jahre 1915 eingetragen.



Unsere Marine
Zigarette
3 Pf.
einschliesslich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmajzi
Aktiengesellschaft

Mehring Landtagsabgeordneter.

Bei der gestrigen Erziehung eines Landtagsabgeordneten im 11. Berliner Landtagswahlbezirk anstelle des früheren Abgeordneten Dr. Karl Niebisch erhielt Schriftsteller Dr. Franz Mehring (Soz. Arb. Gem.) 341, Ingenieur Franz Hausberg (lib.) 44, Eisenbahnarbeiter Louis Brunnhoff (Soz.) 42 Stimmen. Mehring ist Dr. Franz Mehring gewählt.

Die Haltung der Arbeitervertreter

Nach einer Petersburger Meldung vom 18. März, die Reuters Bureau verbreitet, ergaben die Arbeitervertreter im Exekutivkomitee der Duma die Weisung, daß eine konstituierende Versammlung einberufen werden solle, die auf der Grundlage der allgemeinen Wahlrechts zu wählen ist.

Ueber die Rolle, die die Arbeiterabgeordneten bei der Revolution spielen, meldet der „Times“-Berichterstatter: Die Beziehungen zwischen dem Exekutivkomitee der Duma, das die ganze Nation vertritt, und der Arbeitervertretung, die sich ausschließlich für Berufsinteressen einsetzt, aber in einer Krise, wie diese, eine enorme Macht entwickeln kann, hat zu nicht geringer Beforgnis Anlaß gegeben. Die gemäßigten Abgeordneten rechnen mit der Möglichkeit eines Konfliktes zwischen der provisorischen Regierung und der Arbeitervertretung und die Folgen eines solchen Konfliktes können außerordentlich schwer sein. Glücklicherweise sei diese Gefahr, wenigstens vorläufig, durch den Einfluß des Abgeordneten Kerenski abgewendet.

Nach Ansicht russischer Kreise in Petersburg ist die Stellung des Revolutionärausschusses in Petersburg nicht als besonders stark anzusehen. Die Duma sei unter sich uneinig. Die heftigen Petersburger Machthaber wollen die Fortsetzung des Krieges bis aufs Äußerste, während die den Revolutionärgedanken tragenden Massen nichts anderes als Frieden wollen, wozu die frühere Regierung sich jetzt unbedingt entschließen würde, gegen die die Liberalen die Volkswut ausgespielt haben. Die völlige Verwirrung muß sich schon in den nächsten Tagen wesentlich klären.

Die Revolution und der Krieg

Welche unmittelbare Wirkung wird die russische Revolution auf die Fronten haben? Diese Frage, die wohl auf aller Lippen schwebt, kann auch heute noch nicht beantwortet werden. Wir können jedoch nicht annehmen, daß durch die Revolution die russischen Truppen an den Fronten in ihrem Siegeswillen befeuert werden. Ein solcher politischer Umsturz, der im Innern des Landes den Bürgerkrieg zeitigte, muß auch an den Fronten revolutionär wirken.

Wieviel diese Revolution im Innern Russlands den Krieg beeinflusst, steht noch dahin. Den Ententevölkern wird eingeredet, das revolutionäre Rußland werde dazu beitragen, daß die Entente den baldigen Sieg über die Mittelmächte davontrage. Wir wagen anzunehmen, daß die russische Revolution der Anfang vom Ende des Krieges ist, aber von einem Ende, das nicht dem Sinne der Ententemächte entspricht.

Welche Folgerungen die deutsche Heeresleitung aus den russischen Vorgängen für ihre Kriegführung ziehen will, muß ihr selbst überlassen bleiben. Sicher aber ist auch die deutsche Staatsmannschaft, die deutsche Kriegspolitik, vor neue große Aufgaben gestellt, durch deren geschickte Lösung, sie möglicherweise für das Wohl des deutschen Volkes und ganz Europas gewaltiges leisten kann. Das Rußland, das in den Tagen vom 10. zum 13. März entstanden ist, ist nicht mehr das Rußland, gegen das wir nun seit mehr als 2½ Jahren Krieg geführt haben. Wir sind bereit und müssen bereit sein, mit diesem neuen Rußland in Frieden zu leben, von dem Tage ab, an dem es Frieden mit uns haben will. Dieses neue Rußland soll von uns erfahren, daß es nur nach seinem Willen und nicht nach unserem Geschick, wenn der Krieg noch länger fortbauert.

Zwischen dem Deutschen Reich und einem freiheitlich regierten Rußland bestehen keine Differenzpunkte, die nicht auf dem Wege der Verständigung beseitigt werden können. Auch die soviel umstrittene Frage der polnischen Selbstständigkeit ist nicht einseitig veränderliches Gesicht, sobald Polen nach dem Osten hin nicht mehr mit einem despotischen Zarismus zu rechnen hat. Dieser despotische Zarismus war es, der die beiden slavischen Völker, Russen und Polen, voneinander trennte. Der Sieg der russischen Revolution wird in Polen eine kesselhaken Bewegung auslösen und zur Stärkung jener Strömungen beitragen, die den deutschen Plänen für das neue Polen feindlich und ablehnend gegenüberstanden. Die deutsche Regierung wird mit solchen Zuständen zu rechnen haben und sie wird sich fragen müssen, ob sie nicht durch die neu geschaffene Lage auch zu neuen Entschlüssen gedrängt wird.

Michael Alexandrowitsch fordert Volksabstimmung

Kopenhagen, 17. März. Michals Bureau meldet aus Petersburg von heute: Großfürst Michael Alexandrowitsch hat nachstehende Proklamation erlassen:

Durch meines Bruders Willen wurde mir eine schwere Aufgabe auferlegt, indem mir während eines Krieges ohne Seitenstück und unter inneren Unruhen der kaiserliche Thron übertragen wurde. Befüllt von dem gleichen Gedanken, der das ganze Volk erfüllt, daß das Wohl des Vaterlandes allem Vorangehe, faßte ich den festen Entschluß, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten in einer konstituierenden Versammlung die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen Staates festsetzen muß. Indem ich den Segen des Höchsten herabsiehe, stelle ich alle allen russischen Mitbürgern anheim, sich der Regierung unterzuordnen, die auf die Initiative der Duma gebildet und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet ist, bis die durch eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung durch ihren Beschluß über die Regierungsform den Volkswillen ausgedrückt hat.

Die Arbeiter haben die Macht in den Händen

Stockholm, 19. März. Die Zeitung „Sozialdemokraten“ enthält folgende Darstellung der Ereignisse in Rußland, die auf genaue Nachrichten zurückzuführen scheint:

Am 12. März wurden in Petersburg zwei Revolutionsausschlüsse eingesetzt, auf der einen Seite der Vollzugsausschuß der Reichsduma, der aus sämtlichen Vertretern der Duma bestand, auf der anderen Seite die Delegiertenversammlung der Petersburger Arbeiter mit Tschaidse an der Spitze. Dieser Arbeiterausschuß hat in Wirklichkeit die ganze revolutionäre Macht in Händen, denn zu ihm halten die Arbeiter und Truppen. Der erste Konflikt zwischen ihm und dem Vollzugsausschuß der Reichsduma brach schon Montagabend aus. Das Komitee beschloß nämlich, mit dem Zaren Verhandlungen anzuknüpfen. Tschaidse und Korenski traten daher aus dem Vollzugsausschuß aus. Rodzjanko telegraphierte dem Zaren, die Reichsduma wünsche eine neue Regierung. Zugleich wurde die alte Regierung gezwungen, ihr Rücktrittsgesuch einzureichen. Der Zar antwortete Rodzjanko nicht, sondern leitete der alten Regierung mit, er werde den Generalfeldmarschall Alexejew als Diktator nach Petersburg schicken. Nur gab der Ausschuß der Reichsduma dem Arbeiterausschuß nach und Tschaidse und Korenski nahmen ihre Tätigkeit wieder auf. Der zweite Konflikt brach am Mittwoch bzw. Donnerstag aus. Das Bestreben der Mehrheit der Reichsduma geht auf die Fortsetzung einer energiegelichen Kriegspolitik. Sie wünscht daher, sobald wie möglich im Innern Ordnung zu schaffen. Der nächste Weg dazu wäre, den Sohn des Zaren zum Kaiser und den Großfürsten Michael zum geschäftsmäßigen Regenten zu ernennen. Dies beschloß auch das neugebildete Kabinett und Miskow leitete es, dem Auslande mit. Schon Donnerstagabend veränderte bekanntlich Bonar Law dem englischen Unterhaufe die wichtige Neutigkeit. Der Petersburger Arbeiterausschuß erhob aber Widerspruch, da eine solche Liquidierung der Revolution nichts anderes heißen würde, als die Macht in die Hände der Diktatoren und Radikalen zu legen, was ein Schlag des russischen Imperialismus wäre, dem die Arbeiter ihre Friedenspolitik gegenüberstellen. Sie erklärten daher: Ruft Ihr den Sohn des Zaren zum Kaiser aus, so rufen wir die Republik aus! Wir können es, denn wir haben ganz Petersburg in den Händen. Die Dumaregierung mußte abermals nachgeben. Man beschloß daher, Rußland solle seine Regierungsform frei wählen. Die konstituierende Versammlung, die gleich einberufen werden sollte, sollte sich gegen die Fortsetzung des Krieges erklären. So wurde Miskow gezwungen, durch die Petersburger Telegrammen-Agentur zu erklären, daß das, was am Morgen der feste Entschluß der Regierung war, jetzt nurmehr seine persönliche Anschauung sei. Der Zar wurde so gezwungen, für sich und seinen Sohn der Krone zu entsagen, ebenso Großfürst Michael, die Krone abzulehnen, die der Zar ihm zuvor in die Hände legen mußte. Darauf wurde die Dumaregierung, die die revolutionären Truppen entwaffnen wollte, um die Macht in ihre Hände zu bekommen, genötigt, statt dessen in einem großen Manifest an das russische Volk zu erklären, die revolutionären Truppen sollten nicht entwaffnet, sondern nach Petersburg gesandt werden, um den Arbeiterausschuß zu unterstützen. Auch das freie Versammlungsrecht für die Soldaten an der Front ist auf die Forderungen des Arbeiterausschusses zurückzuführen.

Die Arbeitervertreter an der Front

Eine der „Wost. Sig.“ zugegangene Nachricht besagt, daß Großfürst Michael, der im Einverständnis mit der neuen Regierung den Oberbefehl über die russischen Feldtruppen übernehmen sollte, im letzten Augenblick die Petersburger Regierung um Aufschub ersuchte. Dem Vernehmen nach sei ihm von radikaler Seite angedeutet worden, man könne nicht für seine persönliche Sicherheit auf dem Kriegsschauplatz einstehen, und so wolle der Großfürst wahrscheinlich erst abwarten, nach welcher Seite hin die nach den Fronten abgereisten Arbeiterbelegierten die Feldarmee orientieren würden. Der derzeitige Kriegsminister Guskow soll die abgereisten Arbeitervertreter mit der weitestgehenden Pässiererlaubnis versehen haben.

Das französische Kabinett zurückgetreten

Paris, 18. März. Die Minister traten gestern Abend zusammen. Briand erstattete Bericht über die Verhandlungen, die er über die Bedingungen gehalten habe, unter denen das Kabinett zurückgetreten werden könnte. Der Ministerrat war der Ansicht, daß es die Umstände erheischen, Poincaré jede Freiheit zu lassen, so über die Lage zu entscheiden, wie er es für die Interessen der nationalen Verteidigung am besten halte. Infolgedessen überreichte Briand den Rücktritt des Kabinetts.

Die „Petit Parisien“ meldet, entschloß sich Briand zur Demission, da zuerst Painlevé und dann Rouleus abgelehnt hatten, das Kriegsministerium zu übernehmen.

Das Ministerium ist wieder zusammengesetzt

Paris, 20. März. (Havas.) Das neue französische Ministerium wurde heute wiedervereinigt gebildet: Vorsteher und Außenminister Aristide Briand, Krieg Poincaré, Marine Cocaze, Bewaffnungswesen Thomas, Finanzen Chiery, Inneres Malog, öffentlicher Unterricht Clerg, öffentliche Arbeiten Desplas, Handel Clementel, Verkehr Ferrand, Versorgung Biotette, Arbeit und soziale Fürsorge Bourgeois, Kolonial Maginat, Unterstaatssekretär des Finanzwesens Dani-Dincoz.

Danziger Nachrichten

Dem Lenz entgegen!

Ungewöhnlich lange und hart lastete diesmal die Winterkälte auf der Menschheit. Endlich läßt die steigende Sonne ihre mildernde Wirkung aus. Lebende, erweckende Strahlen sendet sie der frosterstarrten Erde. Und wenn auch nachts noch die niedrige Temperatur die Erdoberfläche wieder zur Erstarrung bringt, dem stetig steigenden Tagesgestirn kann die Kälte nicht mehr widerstehen. Es geht dem Lenz entgegen.

Schon beginnt es sich leise zu regen in der Natur. Die Formen der schneebedeckten Bäume und Sträucher ändern sich, zarter werden die einzelnen Ästchen. Millionen Knospen bereiten sich vor, ihre Winterhüllen zu sprengen. Schlichtern probieren hier und da die gesiederten Säger ihre Stimmen Gehörlich suchen gierliche Meisen das Holz ab nach vorzeitigen Ansetzeln. Im rasenden Durst nach noch vergebens die Äste nach Würmern und Käfern.

Noch fehlt das warme Frühlingswehen, das dem organischen Leben die Empfindung des Überwundenen, das Frühlingsgefühl bringt. Noch entsteigt nicht der Erde jener wirzige, reiches Sprossen verheißende Duft, der die Glieder matt, hoch die Herzen so leicht macht. Ungeduldig wartet der Gärtner, der Landmann auf rascheres Wirken der Wärme. Mit jedem Tag entschwindet kostbare Zeit. Und noch immer stehen Haie und Spaten rostig im Winkel. Noch ruht das Land in der Starre des Winters, der heuer den Frost so tief hineingesenkt hat in die Schoße. Und gerade in diesem Jahre erwartet man von ihr schnelle Hilfe, um die geringen Wintervorräte auszugleichen.

Doch er muß kommen, der lang ersehnte Erlöser! Er muß kommen, nicht weil wir Menschen es hoffen oder wollen, sondern weil unabänderliche Gesetze der Natur es gebieten. Mag er auch nur erst tastend und zögernd die Fühler ausstrecken: Er wird kommen! Schon ist er auf dem Marsch. Mit Naturgewalt wird er sich freudig Bahn brechen gegen den Willen entgegenstrebender Kräfte. Und so wird auch endlich nach langer, langer Winternacht des Kriegs der erlösende Frühlingsstag des Friedens die Menschheit beglücken — trotz allem, was sich ihm jetzt noch entgegenstellt.

Es geht dem Lenz entgegen, trotz alledem!

Frühlingsfeier der Arbeiterjugend.

Auch in diesem Jahre war die Frühlingsfeier unserer Jugend im Bürgergarten durch regen Besuch ausgezeichnet. Freunde und Gäste konnten durch die Darbietungen des Abends voll befriedigt werden. Alle an der Durchführung des Programms Beteiligten wetteiferten darin, ihr Bestes zu geben. Die Jugend hatte ihren Stolz darin gesetzt, alle Darbietungen durch Kräfte aus ihren eigenen Reihen bestreiten zu lassen. Die einführenden Worte sprach Genosse Loos gut und wirksam. Die von ihm vorgetragene Dichtung gelangte in ihren humoristischen Partien speziell. Hübsch gestalteteten sich wieder die lebhaft getanzten Volkstänze. Mittelpunkt dieses Teiles des Programms waren Szenen aus einem Zigeunerlager. Drei kostümierte jugendliche Paare tanzten nach den Melodien, die von drei ebenfalls echten Zigeunergeigern überraschend gut gespielt wurden. Der Hans Sachs-Schwank Der gestohlene Schinken kam in seiner humoristischen Eigenart ansprechend zur Wiedergabe. Nur trat der Vorleger viel deutlicher hervor als seine Aufgabe ist. Genosse Gehl dankte allen Mitwirkenden im Namen der Leitung und regte zur Beruhung für die hinaufführenden Ziele und Bestrebungen der Arbeiterjugend an.

Künstler und Öffentlichkeit.

In unserer Nummer 16 erörterten wir unter der Spitzmarke Die städtische Bühne die materiellen Verhältnisse der hiesigen Bühnenkünstler. Bei der am 14. März 1918 beschlossene Übernahme des Stadttheaters in den Betrieb der Stadt verfertigte Bürgermeister Dr. Bail der Stadtverordnetenversammlung als Vertreter des Magistrats, daß die Künstler vortraglich so gestellt werden müßten, wie es eines erstklassigen Theaters würdig sei. An diesem 27. Februar führte er jedoch aus, daß der Ueberschuß des Theaters, trotz des guten Geschäftsganges, nicht so groß sein würde, weil die Kriegszulagen der Bühnen- und Theaterangestellten einen großen Teil des Gewinnes verschlingen. Diese Darstellung konnte gar nicht anders als dahin aufgefaßt werden, daß die Künstler und das übrige Personal über ihre Friedensbezüge hinaus erhebliche Zuwendungen erhalten hätten. Diese Ansicht mußte sich auch deshalb festlegen, weil sich jedermann in Danzig von der ausgezeichneten Kassenlage des Theaters überzeugen kann. Nun stellten die in der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger organisierten Künstler durch eine Zuschrift an die Danziger Zeitung fest, daß die meisten Schauspieler, trotz einer im Januar erst auf ihren Antrag gewährten Teuerungszulage, nicht einmal die vollen Friedensgehälter erhalten! Die Erklärung berief sich für die Mithilfe der Mittelung auf die Befestigung des Herrn Direktor Schaper. Hierdurch wurde festgestellt, daß der Gewinn am Theater nicht durch Kriegszulagen der Künstler aufgezehrt, sondern zum Teil überhaupt erst durch die zu niedrigen Gehälter ermöglicht wird. Ein schwererer Vorwurf ist gegen den Kunstbetrieb eines städtischen Gemeinwesens nicht möglich. Eine Widerlegung der Darstellung der Bühnenkünstler ist von keiner Seite, auch nicht durch den Bürgermeister oder den Direktor, versucht worden. An ihrer Richtigkeit besteht also leider nicht der geringste Zweifel. Um so erstaunlicher ist, daß die gesamte bürgerliche Lokalpresse an dieser Tatsache schweigend vorübergeht. Dabei will doch gerade diese Presse in Fragen der Kunst als unbefruchteter und unbefehlter Richter berufen sein. Wie man aber Kunstleistungen objektiv und gerecht beurteilen will, wenn man solche Grundlagen der Kunstausübung duldet und sich gegen sie gleichgültig stellt, bleibt unerfindlich. Dabei zeigte gerade in diesen Tagen besonders die neuesten Nachrichten und die Danziger Zeitung sehr reges Interesse für Fragen der Künstlerhonorierung und ähnliches. Am 11. März hielt hier der königliche preussische Kammerling Josef Schwarz, einer der bekanntesten Gesangs-künstler, im Werkstüchereihaus einen außerordentlich stark besuchten Vortragsabend ab. Die Musikreferenten beider Blätter anerkannten mit hohem Lobe die wunderbaren Leistungen des Künstlers. In derselben Nummer vom 12. März, in der die neuesten Nachrichten die rühmende Kritik brachten, fanden sie es aber für nötig, noch eine besondere Besprechung zu schreiben. Darin wurde zunächst — der Musikkritiker schien diese Aufgabe an anderer Stelle wohl nicht für ganz unbedenklich zu halten — bemängelt, daß Herr Schwarz auch den wunderbaren Prolog aus dem Bojazzo von Leoncavallo singen wollte. Mit Genugtuung wird jedoch gesagt, daß in letzter Stunde verhindert worden sei, diesen italienischen Komponisten, der im Frieden vom Kaiser ausgezeichnet wurde, Deutschland aber nach Ausbruch des Krieges beschimpft habe, hören zu müssen. Wenn hieraus etwa vermutet werden sollte, daß der Einfluß der N. N. die Aenderung des Programms veranlaßt hat, so

... so erfreulichermesse durchaus unrichtig. Es würde auch
genug gekommen sein, wenn der Großstadt Danzig das
künstlerische Gepräge nach dem Willen einer so borniert be-
rücksichtigten gegeben werden könnte. Die für die
„künstlerische“ Demunstration des Bajazzo-Professes wurde in-
aus, sogar in fast gleichen Wortlaut, von der freisinnigen
Danziger Zeitung, in der Professor Dr. Fruchs den
musikalischen Ton bestimmt, am 14. März übernommen, ohne
dass auch dieses Blatt gegen seinen künstlerischen Wert das
Mindeste sagen kann. Um die deutsche Kultur müsste es
außerordentlich schwach bestellt sein, wenn sie ein Kunstwerk
lediglich deshalb ablehnen müsste, weil kein Verfasser Aus-
länder ist und — wie hier gar nach Jahren — als Politiker
einseitig und unfreundlich handelt. Die Girlanden der Kunst
sind von den Besten aller Völker in edlem Wettbewerb ge-
wunden. Sie werden auch nach dem Kriege die Verbindung
der Kulturwelt in erster Linie erleichtern. Es ist eine zu ab-
sonderliche Kunstwertung, die statt des Wertes das Tun und
Lassen seines Schöpfers beurteilt. Diese greifbarste Auf-
fassung der Sonderart wird aber noch dadurch verstärkt, daß
der auf einer Seite gelebte Künstler mit Sperrdruck als —
Russe — bezeichnet wird. Dazu wird in zu fühlbarer Ab-
sicht betont, daß Sch. königlich preussischer Kammerfänger ist.
Sollte aber für die künstlerische Freiheit der beiden
Künstler nicht mindestens die Toleranz vorbildlich sein, die die
königlich preussische Hofverwaltung gegen ihren Beamten
Schwarz übt? Dann wird in besonderem Tone mitgeteilt, daß
Sch. obwohl es sich um ein Konzert für Kriegswohlfahrt han-
delt, für den einen Abend 1000 Mark Honorar erhalten
hat. Nach Abzug anderer Aufkosten sei deshalb für den
kriegswohlfahrtigen Zweck nicht viel übrig geblieben. Den
außerordentlich vornehmen Einfall, dem königlich preussischen
Kammerfänger seine Geburt vorzumerken, obwohl man nicht
eine einzige feindselige Handlung von ihm behaupten konnte,
glaubte auch die Danziger Zeitung kühnlich folgen zu müssen.
Am 14. März keilte dieses liberale Blatt (durch eine Zuschrift)
mit, daß ein am 13. März in der Johannis-Kirche
zugunsten unserer U-Boot-Beute abgehal-
tenes Wohltätigkeitskonzert so schlecht be-
sucht gewesen sei, daß nicht einmal die ge-
ringsten Unkosten gedeckt werden konnten. Hier-
mit vergleicht das Blatt den starken Besuch des Schwarz-
Konzerts und betont ebenfalls das zu hohe Honorar. Es

bringt sogar ein kritisch gehaltenes geschmackloses Gebicht, in
dem nicht weniger als zweimal, und in einer Schlussbemerkung
sogar noch zum drittenmal, hervorgehoben wird, daß Herr
Schwarz Russe ist. Man kann dem bessern Danziger
Publikum vielleicht viel vorwerfen, daß es aber zu Schwarz
aus dem Grunde ging, weil er Russe ist, und nicht deshalb,
weil er ein Meister des Gesanges ist, ganz gewiß nicht. Die
meisten der in Frage kommenden Danziger dürften bestimmt
erst durch diese ausdringliche „Enthüllung“ von dem Geburts-
lande des Künstlers erfahren haben. Man kann gewiß mit
Fug und Recht bemängeln, daß das zahlungsfähige
Publikum sich viel mehr durch einen in Mode
stehenden Künstler als durch die Betätigung
der Wohltätigkeit für unsere U-Boot-Heiden
angezogen fühlt. Dann soll man aber so ehrlich und
mutvoll sein und seinen Zorn gegen die wirklich Schuldigen
richten. Ebenso ist die Kritik an den überhöhen Honoraren, die
doch allen „Sternen“, ohne nationale Geburtsunterschiede,
lediglich wegen der Modeunterschiede des gebildet sein wollenden
Publikums gezahlt werden müssen, berechtigt. Auch hätte
Schwarz finanziell sehr wohl die gebotene Rücksicht auf den
wohlthätigen Zweck nehmen können. Was hat dies alles jedoch
mit der Nationalität eines Künstlers zu tun? Wenn man aber
schon glaubt, dem „Russen“ die 1000 Mark antreiben zu sollen,
warum sorgt man dann nicht mit dem gleichen Eifer dafür,
daß heimische deutsche Künstler in ange-
messener und würdiger Weise honoriert wer-
den? Zumal es sich doch den Danziger Schauspielern gegen-
über um eine, wenn auch nicht vertragliche, so doch nicht
weniger bindende Verpflichtung der Stadt handelt. Schließ-
lich ist auch zu fragen, was denn die städtische Theater-
kommission, zu der übrigens auch der Verleger der Neuesten
Nachrichten gehört, in den Verhältnissen unserer Schau-
spieler zu sagen hat? Gerade sie sollte doch der Bürgerschaft
die notwendigen Garantien für einen nach jeder Richtung ein-
wandfreien Theatervetrieb liefern. Auf keinen Falle darf der
Zustand der bisher geltenden unterwertigen Honorierung
unseres künstlerisch vollwertigen Bühnenpersonals bestehen
bleiben. Es muß einfach Ehrensache der Stadt sein, minde-
stens die an der Friedenshöhe der Gagen fehlenden Beträge
für die volle Spielzeit nachzuschießen. Der starke Widerspruch,
in dem die Angaben des Bürgermeisters zu den von den
Bühnenkünstlern festgestellten Tatsachen stehen, stellt übrigens

die Bürgerschaft vor weitere äußerst ernste Fragen über
die Art unseres städtischen Regiments.
Sämtliche Magistratsmitglieder, auch Bürgermei-
ster Dr. Boll, stehen sich am 20. März über ihre hohen Frieden-
bezüge hinaus ansehnliche Teuerungszulagen bewilligen. Die
Bail betonte vorher noch die Notwendigkeit vor Notstands-
lagen auch für die obersten städtischen Beamten, weil
Teuerung zu hoch drückt. Der hiesigen Bühnenkünstler u.
seiner von ihrer Lage unrichtig gegebenen Darstellung gebot
es jedoch nicht. Auch sonst nie in a. d. Und dabei ist
doch der durch ungenügende Gagen erzielte Theatergewinn in
Stadt in deutlicher Beziehung auch zu der Möglichkeit, sich
Teuerungszulagen zahlen zu können.

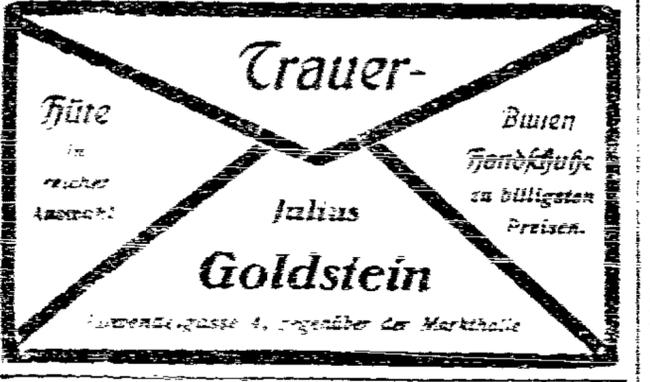
Arbeiter! Angestellte! Parteigenossen!
Werbet Abonnenten für die Volkswacht
Gelesene Nummern werft nicht
fort, sondern gebt sie Euren
Bekanntem, um diese als Leser
der Volkswacht zu gewinnen
In jedes Heim gehört die Volkswacht
Abonnementspreis einschl. Botenlohn
monatlich 35 Pf., vierteljährlich 1 Mk.

Literatur
— Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Un-
besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Er-
bten gemeinverständlich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen
versehen von A. Burgemeister. 1917. Gelehrterlag E. Schwarz & Co.
Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. Preis 1,— Mk., geb. 1,35 Mk.
Hierzu eine Beilage.
Verantwortlicher Redakteur A. Bartel, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg 1.

Konsum- und Spargenossenschaft
für Danzig und Umgegend
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Sonntag den 1. April 1917, nachm. 3 Uhr
im kleinen Saale (Nr. 2) des Gewerbehause
Heilige Geistgasse 82, part., Eingang Zwirngasse:
Ordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Aus einer Konferenz mit Vertretern des Kriegsernährungs-
amtes in Berlin.
2. Bericht über das erste Halbjahr der Geschäftszeit 1916/17 —
Vormögensübersicht.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Entscheidung zur Tagung des Revisionsverbandes.
5. Anregungen und Wünsche — Verschiedenes.
Die Mitglieder der Generalversammlung wollen einen Aus-
sicht über ihre Mitgliedschaft mitbringen.
Mittwoch den 4. April 1917, abends 8 Uhr,
im „Eschenhof“, Langfuhr, Eschenweg 6:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung wie vorstehend unter Fortfall der Punkte 3 und 4.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Aufsichtsrat.
A. A. Richard Käpel, Vorsitzender.

Vaterländischer Hilfsdienst.
Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7
Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.
Hilfsdienstpflichtige werden zur Verwendung bei Militär-
behörden und Zivilverwaltungen im besetzten Gebiet für folgende
Beschäftigungsarten gesucht:
1. Gerichtsdiener.
2. Post- und Telegraphendienst.
3. Maschinen- und Hilfsarbeiter, Vaterländischer Hilfsdienst.
4. Technischer Dienst.
5. Kraftfahrwesen.
6. Bahn- und Expeditionsdienst.
7. Bäcker und Schächter.
8. Handwerker jeder Art.
9. Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitsdienst.
10. Anderer Arbeitsdienst jeder Art.
11. Pferdebesitzer, Metzger, Viehwärter.
12. Sicherheitsdienst (Schutzmann, Gefangenens- und Ge-
fängnisverwaltung).
13. Krankenpflege.
Die zur endgültigen Heberziehung an die Bedarfsstellen des
besetzten Gebietes wird ein vorläufiger Dienstvertrag auf die Dauer
von sechs Wochen mit zehn tägiger Kündigungsfrist abgeschlossen.
Der Hilfsdienstpflichtige erhält freie Eisenbahnfahrt vom Orte
des Dienstortes bis zum Bestimmungsort und zurück, freie Be-
schickung und Unterkunft, freie ärztliche und Sanitätsbehandlung und
freie Benutzung der Feldpost. Außerdem erhält er vorläufig eine
Barvergütung in Höhe von täglich 2 bis 4 Mk. Im Falle des Be-
dürfnisses werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu
verfassende Familienangehörige. Die endgültige Höhe des Lohnes
oder Gehaltes kann erst bei Abschluss des endgültigen Vertrages fest-
gestellt werden und richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit sowie
nach der Leistung; eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert.
Bei der Auswahl der endgültigen Beschäftigungsart wird nach
Rücksicht auf die Lebenshaltung, die Gesundheit sowie auf die bis-
herige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen Rücksicht genommen.
Die Verlosung des Hilfsdienstpflichtigen, die eine Kriegsdienst-
beschickung erleiden und ihren Dienstverhältnissen wird noch beson-
ders geehrt.
Schriftliche Meldungen sind zu richten an die unterzeichnete
Kriegsamtsstelle Danzig, Krebsmarkt 2/3.
Es sind beizubringen:
Kürzer, leistungsfähiger Lebenslauf,
persönliche Führungszeugnis,
amtliche Militärbescheinigung,
Beschäftigungszeugnis oder Arbeitszeugnis, erforderlichen-
falls eine Bescheinigung gemäß § 9 Absatz 1 des Ge-
setzes über den Vaterländischen Hilfsdienst (Abfahrtschein),
die Erläuterung, wenn der Bewerber die Beschäftigung an-
streben kann.
Hilfsdienstpflichtige im mehrjährigen Alter (einschl. Jahr-
gang 1899) können nur dann einberufen werden, wenn sie bei der
letzten Einberufung als dauernd freigeschrieben (d. fr. u.) be-
zeichnet worden sind.

Bekanntmachung.
E. Nr. 98
Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Belagerungs-
zustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. 12. 1916
(R. G. Bl. S. 813) wird im Interesse der öffentlichen Sicherheit
den Bereich des XVII. Armeekorps einschließlich der Festung
folgendes angeordnet:
1. Sämtliche Pferde, mit Ausnahme derjenigen der Reichs-
und Staatsbehörden, sind auf Anforderung der Landräte bezw.
Ersten Bürgermeister der freisfreien Städte diesen zwecks Dur-
führung von Zwangsentladungen unverzüglich zur Verfügung zu stellen.
2. Wegen der Anforderungen des Landrats bezw. des Er-
sten Bürgermeisters ist Beschwerde bei dem Regierungspräsidenten zulässig.
Diese hat keine aufschiebende Wirkung. Der Regierungspräsi-
dent legt auch im Streitfall die Höhe der zu zahlenden Entschädigung fest.
3. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung zu 1 sowie
Anreizung zu einer solchen Zuwiderhandlung werden mit Gefängnis
bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernder Umstän-
de kann auf Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder auf Haft erkannt werden.
4. Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.
Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 20. März 1917.
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
Die Gouverneure der Festungen Graudenz und Thorn.
Die Kommandanten der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Es gibt
getrockneten
ganz rein.
Schnupftabak offici-
riert
Julius Gosda, Kohlsalatgroßhandlung
und Schnupftabakfabrik
Danzig, Ecke Häfergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2428


Kriegsamtsstelle Danzig.
Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7
Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.
Hilfsdienstpflichtige, die den Führerschein 3b
besitzen, werden zur Verwendung bei den Militärbehörden benötigt.
Zu ihnen, die gewaltlos und geeignet sind, werden hierdurch zur
freiwilligen Meldung aufgerufen. Die Meldungen sind
nach Begegnung an die Kriegsamtsstelle Danzig, Krebsmarkt 2/3,
zu richten.
Kriegsamtsstelle Danzig.

Vaterländischer Hilfsdienst.
Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7
Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.
Hilfsdienstpflichtige, die den Führerschein 3b
besitzen, werden zur Verwendung bei den Militärbehörden benötigt.
Zu ihnen, die gewaltlos und geeignet sind, werden hierdurch zur
freiwilligen Meldung aufgerufen. Die Meldungen sind
nach Begegnung an die Kriegsamtsstelle Danzig, Krebsmarkt 2/3,
zu richten.
Kriegsamtsstelle Danzig.

Vaterländischer Hilfsdienst.
Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7
Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.
Hilfsdienstpflichtige, die den Führerschein 3b
besitzen, werden zur Verwendung bei den Militärbehörden benötigt.
Zu ihnen, die gewaltlos und geeignet sind, werden hierdurch zur
freiwilligen Meldung aufgerufen. Die Meldungen sind
nach Begegnung an die Kriegsamtsstelle Danzig, Krebsmarkt 2/3,
zu richten.
Kriegsamtsstelle Danzig.

Wohenspielplan des Danziger Stadttheaters.
Montag, den 26. März, 7 1/2 Uhr: „Siefland“, Oper von
Eugen d'Albert.
Dienstag, den 27. März, 7 1/2 Uhr: „Die verlorene Tochter“,
Lustspiel von E. Fülda.
Mittwoch, den 28. März, 7 1/2 Uhr: „Der Waffenschmied“,
von Vorjüng.
Donnerstag, den 29. März, 7 1/2 Uhr: „Ezardasfürstin“.
Freitag, den 30. März, 7 1/2 Uhr: „Räuberking“, Märchen-
oper von Engelbert Humperdinck.
Sonabend, d. 31. März, 7 1/2 Uhr: „Die Ehre“, von Sudermann.
Sonntag, den 1. April, 7 1/2 Uhr: „Das Dreimäderlhaus“.

M. 15.— bis M. 20.— können Sie wöchentlich verdienen
Strebsame Personen finden dauernd angenehme Arbeit im Haus-
St. Verlangen Sie postfrei und kostenlos Auskunft von uns.
Stempelpapierfabrik Waterstradt & Co., Hamburg 36, Albrechts-

Kennen Sie die „Jugend“
die weitverbreitete Männer illustrierte
Wohenschrift? Wenn nicht, dann verlangen
Sie kostenfrei eine Probenummer oder für
50 Pfennig einen Probeband, damit Sie sich
angenehmlich von dem reichen Inhalt dieser
Wohenschrift für Kunst und Humor
überzeugen. Heeresangehörigen können Sie
keine größere Freude bereiten, als Ihnen für
M. 5.20 ein dreimonatlich Feldpost-Abonnement
einweisen zu lassen, denn die „Jugend“ ist
anerkanntermaßen das beliebteste und ver-
breitetste buntdruckte Blatt im Felde. Bei
Einfendung dieses Betrages nebst genauer
Feldadresse besorgt auch der Verlag die Ein-
weisung beim Feldpostamt. Bezugspreis
durch Buchhandl. oder Postamt Nr. 4.66.
Verlag der „Jugend“, München, Lessingstr. 1.